

# Texte und Materialien zur Zeitgeschichte



Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Band 17

Herausgegeben vom  
Institut für Zeitgeschichte

Redaktion:  
Hartmut Mehringer und Udo Wengst

De Gruyter Berlin · New York

Jan Foitzik · Nikita W. Petrow

**Die sowjetischen Geheimdienste  
in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953**

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

De Gruyter Berlin · New York

Gemeinschaftsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin  
und der Stiftung Demokratie Moskau (Stiftung Alexandr N. Jakowlew)



Gefördert von der  
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

⊗ Gedruckt auf säurefreiem Papier,  
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

ISBN 978-3-11-023014-7

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright 2009 by Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, 10785 Berlin,  
[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für  
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung  
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

# Vorwort

Mit der sowjetischen Armee kamen 1945 auch die Sicherheitsdienste der UdSSR nach Ostdeutschland. Neben den Truppen und der Administration des Besatzungsregimes nahmen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auch das Volkskommissariat des Innern (NKWD) und das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (MGB) unmittelbar politische Funktionen wahr.

Vorrangige Aufgabe von NKWD und MGB waren personelle Säuberungsaktionen und politische Einflußnahme auf dem Gebiet der späteren DDR. Innerhalb der Besatzungsverwaltung operierten sie im Verbund mit den Inneren Truppen des NKWD/MGB, der Militärischen Zensur und der Spionage-Abwehr.

In der Forschung wurde bislang unterschätzt, daß die Einrichtungen der regulären Besatzungsverwaltung (und später der DDR) in Abhängigkeit von den sowjetischen Sicherheitsdiensten standen. Diese waren unmittelbar am Aufbau der politischen Polizei und der Staatssicherheit beteiligt, die als ihre direkten Hilfsorgane entstanden und deren Anleitung und Kontrolle ihnen oblagen. Da sich der Wirkungsbereich der Sicherheitsdienste ursprünglich auf die deutsche Zentralverwaltung für Inneres konzentrierte, hatten sie zudem entscheidenden Anteil an der Errichtung des politischen Systems der DDR nach sowjetischem Muster.

Der vorliegende Band erschließt in drei Teilen 246 Quellen, die Entstehung, Tätigkeitsbereiche und Alltag von NKWD und MGB dokumentieren. Die Edition, die auf intensiven Recherchen der letzten zwanzig Jahre basiert, präsentiert damit Quellen, die bisher für eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik fehlten.

Die Dokumente stammen hauptsächlich aus den Beständen des Russischen Staatlichen Militärarchivs und des Staatsarchivs der Russischen Föderation. Einige der Quellen fanden sich auch im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte und im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes. Für die Einleitung und die Kommentierung wurden außerdem Bestände des Bundesarchivs, des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Archivs des Ostbüros der SPD herangezogen. Bis auf wenige Ausnahmen werden die hier versammelten Quellen zum ersten Mal in deutscher Übersetzung publiziert.

Die Dokumentation nimmt vor allem die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsapparates in der SBZ/DDR in den Blick. Ediert wurden vorrangig interne Anweisungen der Führung sowie Dokumente zur Parteiarbeit und Parteikontrolle. Einen besonderen Stellenwert haben wir dem Alltag der Sicherheitsorgane zugemessen, deren Selbst- und Fremdwahrnehmung in diesem Bereich besonders deutlich werden. Die Organisationsstruktur des sowjetischen Sicherheitsapparates, seine geographische Verteilung in der SBZ/DDR und personelle Ausstattung sowie die Kurzbiographien des Leitungspersonals werden systematisch dokumentiert.

Eine umfangreiche Einleitung gibt auf der Grundlage des neuesten Forschungsstandes einen Überblick über die historische Entwicklung.

Berlin, im Mai 2009

Jan Foitzik und Nikita Petrow



**Inhaltsverzeichnis**

Vorwort . . . . . 5

Abkürzungsverzeichnis . . . . . 9

Jan Foitzik und Nikita W. Petrow:  
Der Apparat des NKWD-MGB der UdSSR in Deutschland:  
Politische Repression und Herausbildung deutscher Staatssicherheitsorgane  
in der SBZ/DDR 1945–1953 . . . . . 13

Dokumentenverzeichnis. . . . . 67

Dokumente

    Teil I: Formierung und Dislozierung der Operativen Gruppen . . . . . 87

    Teil II: Tätigkeitsbereiche . . . . . 191

    Teil III: Personal und Alltag . . . . . 363

Über die Autoren und Übersetzer . . . . . 509

Namensregister. . . . . 511

Ortsregister . . . . . 522



## Abkürzungsverzeichnis

|             |                                                                                                                                                              |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| ADN         | Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst                                                                                                                      |
| APN         | Außenpolitischer Nachrichtendienst [der DDR]                                                                                                                 |
| AP RF       | Archiv Prezidenta Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau                                                        |
| AsD         | Archiv der sozialen Demokratie, Bonn                                                                                                                         |
| ASSR        | Autonome Sozialistische Sowjet-Republik                                                                                                                      |
| AWP RF      | Archiw wneschnei politiki Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau                                               |
| BArch       | Bundesarchiv                                                                                                                                                 |
| Bl.         | Blatt                                                                                                                                                        |
| BStU-Archiv | Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin                      |
| CDU         | Christlich-Demokratische Union Deutschlands                                                                                                                  |
| DBD         | Demokratische Bauernpartei Deutschlands                                                                                                                      |
| DDR         | Deutsche Demokratische Republik                                                                                                                              |
| DEFA        | Deutsche Film-AG                                                                                                                                             |
| DFD         | Demokratischer Frauenbund Deutschlands                                                                                                                       |
| DWK         | Deutsche Wirtschaftskommission in der Sowjetisch Besetzten Zone (Deutschlands)                                                                               |
| FDGB        | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund                                                                                                                           |
| FDJ         | Freie Deutsche Jugend                                                                                                                                        |
| FSB         | Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii, d.i. Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation                                          |
| GARF        | Gossudarstwenny archiw Rossijskoi Federazii, d.i. Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau                                                             |
| Gen.        | Genosse                                                                                                                                                      |
| Gestapo     | Geheime Staatspolizei                                                                                                                                        |
| GKO, GOKO   | Gossudarstwenny komitet oborony, d.i. Staatliches Verteidigungskomitee der UdSSR                                                                             |
| GPU         | Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije, d.i. Staatliche Politische Verwaltung), Bezeichnung für die sowjetische politische Polizei von 1922 bis 1934 |
| GRU         | Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije, d.i. Hauptverwaltung für Aufklärung [des Generalstabs der Roten/Sowjetischen Armee]                                   |
| GSBSD       | Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland                                                                                                 |
| GUKR        | Glawnoje uprawlenije kontrawaswedki, d.i. Hauptverwaltung Abwehr [des Generalstabes der Roten/Sowjetischen Armee]                                            |
| Kfz         | Kraftfahrzeug                                                                                                                                                |

|             |                                                                                                                                                                   |
|-------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| KGB         | Komitet gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Komitee für Staatssicherheit [beim Ministerrat der UdSSR]                                                             |
| Komsomol    | [Wsesojusny Leninski] Kommunistischeski sojus molodjoschi, d.i. [Allsowjetischer Leninscher] Kommunistischer Jugendverband [der UdSSR]                            |
| KPD         | Kommunistische Partei Deutschlands                                                                                                                                |
| KPdSU       | Kommunistische Partei der Sowjetunion                                                                                                                             |
| KVP         | Kasernierte Volkspolizei                                                                                                                                          |
| LDP/LDPD    | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands                                                                                                                         |
| Lkw         | Lastkraftwagen                                                                                                                                                    |
| MfS         | Ministerium für Staatssicherheit der DDR                                                                                                                          |
| MGB         | Ministerstwo/Ministr gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Ministerium/Minister für Staatssicherheit [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKGB)                             |
| MWD         | Ministerstwo/Ministr wnutrennych del, d.i. Ministerium/Minister für Inneres [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKWD)                                                    |
| NKGB        | Narodny komissariat/Narodny komissar gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Volkskommissariat/Volkskommissar für Staatssicherheit [der UdSSR] (bis 1946, danach MGB) |
| NKWD        | Narodny komissariat/Narodny komissar wnutrennych del, d.i. Volkskommissariat/Volkskommissar für Inneres [der UdSSR] (bis 1946, danach MWD)                        |
| NKO         | Narodny komissariat oborony, d.i. Volkskommissariat für Verteidigung [der UdSSR] (bis 1946)                                                                       |
| NSDAP       | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei                                                                                                                    |
| op          | ossobaja papka, d.i. Sondermappe                                                                                                                                  |
| Pkw         | Personenkraftwagen                                                                                                                                                |
| RGANI       | Rossijski gossudarstwenny archiw noweischei istorii, d.i. Russisches Staatsarchiv für neuere Geschichte, Moskau                                                   |
| RGASPI      | Rossijski gossudarstwenny archiw sozialno-polititscheskoi istorii, d.i. Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Moskau                     |
| RGWA        | Rossijski gossudarstwenny wojenny archiw, d.i. Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau                                                                       |
| RSFSR       | Rossijskaja Sowjetskaja Federatiwnaja Sozialistitscheskaja Respublika, d.i. Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik                                    |
| SAG         | Sowjetische bzw. Staatliche Aktiengesellschaft                                                                                                                    |
| SAPMO BArch | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv                                                                          |
| SBZ         | Sowjetisch Besetzte Zone [in Deutschland]                                                                                                                         |
| SED         | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands                                                                                                                        |
| SKK         | Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland                                                                                                                     |
| SMA         | Sowjetische Militäradministration [für Landesverwaltung der SMAD]                                                                                                 |
| SMAD        | Sowjetische Militäradministration in Deutschland                                                                                                                  |

|                |                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Smersch        | Smert schpionam, d.i. Tod den Spionen, Abkürzung für GUKR                                                                                                                                                                                                                       |
| SNB            | Sowjetisches Nachrichtenbüro                                                                                                                                                                                                                                                    |
| SPD            | Sozialdemokratische Partei Deutschlands                                                                                                                                                                                                                                         |
| ss             | strogo sekretno, d.i. streng geheim                                                                                                                                                                                                                                             |
| SSR            | Sowjetskaja Sozialistitscheskaja Respublika, d.i. Sozialistische Sowjetrepublik                                                                                                                                                                                                 |
| SSSR           | Sojus Sowjetskich Sozialistitscheskich Respublik, d.i. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken                                                                                                                                                                               |
| TschK, Tscheka | [Wserossijskaja] Tschreswytschainaja Komissija po borbe s kontrewoljuziei, spekuljaziei i sabotaschem, d.i. [Allrussische] Sonderkommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage; Bezeichnung für die sowjetische politische Polizei von 1917 bis 1922 |
| UdSSR          | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken                                                                                                                                                                                                                                      |
| VdgB           | Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe                                                                                                                                                                                                                                       |
| WOKS           | Wsesojusnoje obschtschestwo kulturnych swjasei s saganizei, d.i. All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland                                                                                                                                             |
| WKP(B)         | Wsesojusnaja kommunistitscheskaja partija (bolschewiki), d.i. All-Unions-Kommunistische Partei (Bolschewiki), ab 1925, ab 1952 KPdSU                                                                                                                                            |
| WTsch          | Wyssokaja tschistota, d.i. Hochfrequenz, Abkürzung für das abhörsichere Fernmeldesystem der UdSSR                                                                                                                                                                               |
| ZA FSB         | Zentralny archiw Federalnoi sluschby besopasnosti, d.i. Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes [der Russischen Föderation], Moskau                                                                                                                                     |
| ZAMO RF        | Zentralny archiw Ministerstwa oborony Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk bei Moskau                                                                                                                             |
| ZK             | Zentralkomitee                                                                                                                                                                                                                                                                  |



# **Der Apparat des NKWD-MGB der UdSSR in Deutschland: Politische Repression und Herausbildung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ/DDR 1945–1953**

**Von Jan Foitzik und Nikita W. Petrow**

## **I. Sowjetische Staatssicherheitsdienste in der SBZ/DDR**

Zu dem Zeitpunkt, als Truppen der Roten Armee auf deutsches Gebiet vorstießen, gab es in der Sowjetunion vier selbständige Geheimdienste, deren Tätigkeitsfelder und Aufgaben sich deutlich voneinander unterschieden. Die Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ hatte die Funktion der militärischen Abwehr und unterstand dem Volkskommissar für Verteidigung Stalin.<sup>1</sup> Analoge Aufgaben erfüllte die Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats der Seekriegsflotte in den Truppenteilen und Verbänden der Marine. Die Funktion der Geheimpolizei innerhalb der UdSSR nahm das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) wahr, zu dem auch die Auslandsaufklärung gehörte. Und schließlich gab es das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) unter Berija,<sup>2</sup> das über die Inneren Truppen, die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee, die Gefängnisse, die Lager und die Miliz verfügte<sup>3</sup>.

Nach Osteuropa kamen zusammen mit den sowjetischen Truppen auch Einheiten der militärischen Abwehr „Smersch“ und NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee, die unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen hatten. Während die Abwehr „Smersch“ nur in den Truppenteilen und Verbänden der Roten Armee wirkte und für deren Sicherheit sorgte, gegen „Verrat“ und gegen feindliche Agenten in der Truppe zu kämpfen hatte, war es die Aufgabe der unmittelbar den Kampfverbänden folgenden NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes, umfassende Razzien durchzuführen und alle „verdächtigen und feindlichen Elemente“ festzunehmen<sup>4</sup>. Die Einheiten des NKWD hatten außerdem in den besetzten Gebieten die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und das sowjetische Besatzungsregime aufrechtzuerhalten. Natürlich unterstützten sich beide Dienste gegenseitig, aber erst mit Einrichtung des Postens eines Bevollmächtigten des NKWD bei den Fronten der Roten Armee wurden ihre Aktivitäten auch offiziell zusammengefaßt<sup>5</sup>.

Im Frühjahr 1945 wurden auch Vertreter aus den NKGB-Organen nach Deutschland geschickt: aus der Ersten Verwaltung mit der Aufgabe, die nachrichtendienstliche Tätigkeit in den

---

<sup>1</sup> Stalin, Iossif Wissarionowitsch (1879–1953), 1943 Marschall und 1945 Generalissimus der Sowjetunion; 1922–52 Generalsekretär des ZK der WKP(B), ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare/ab 1946 des Ministerrates der UdSSR, 1941–45 Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR und 1941–47 Volkskommissar/Minister für Verteidigung bzw. für Streitkräfte der UdSSR.

<sup>2</sup> Berija, Lawrenti Pawlowitsch (1899–1953), ab 1921 führende Positionen in Sicherheitsorganen, 1934–53 Mitglied des ZK der WKP(B), 1938–45 und März bis Juli 1953 Volkskommissar/Minister für Inneres der UdSSR, ab 1941 stellvertretender und 1946–53 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; 1945 Marschall; ab 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>3</sup> Lubjanka: WTSchK-OGPU-NKWD-NKGB-MGB-MWD-KGB. 1917–1991. Sprawotschnik. Hg. A. N. Jakowlew, Autoren: A. I. Kokurin, N. W. Petrow, Moskwa 2003.

<sup>4</sup> Vgl. Dokumente Nr. 1 und Nr. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Dokumente Nr. 3, Nr. 5, Nr. 7, Nr. 11 und Nr. 19.

westlichen Besatzungszonen zu entfalten<sup>6</sup>, und aus der Dritten Verwaltung mit dem Auftrag, Operative Gruppen<sup>7</sup> des NKGB der UdSSR für den Eisenbahn- und den Schiffstransport in der SBZ zu bilden. Wie allein schon die Tatsache zeigt, daß sich in Ostdeutschland Vertreter aller sowjetischen Repressionsorgane befanden, verfolgte der Kreml die weitergehende Absicht einer Sowjetisierung der eroberten Länder. Denn wenn es nur um die Sicherheit der Truppen der Roten Armee gegangen wäre, die sich dort aufhielten, dann hätten die Organe der militärischen Abwehr, die ohnehin unabdingbare Bestandteile der Armee waren, völlig ausgereicht.

Die Durchführung der gesamten Repressionspolitik in den von der Roten Armee besetzten Gebieten lag in den Händen des NKWD. Diese Ordnung legte Befehl Nr. 0016 des NKWD der UdSSR vom 11. Januar 1945 fest, mit dem für alle Richtung Westen vorrückenden Fronten Bevollmächtigte des NKWD ernannt wurden<sup>8</sup>. Dieser Befehl wie auch die ihm folgenden ordnete für die von der Roten Armee besetzten Gebiete großangelegte politische Säuberungen an.<sup>9</sup> Damit wurden im Grunde die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in den Ländern Mittel- und Osteuropas dem Kreml genehme Regime an die Macht gelangen konnten. Die Einbeziehung der neuen Länder in die Sphäre der sowjetischen politischen Interessen erfolgte nicht auf freiwilliger Basis, sondern mußte erzwungen werden, indem man Polizeiregime und eine entsprechende öffentliche Ordnung errichtete.

Neben diesen weiterreichenden politischen Plänen verfolgten die Bevollmächtigten des NKWD und die ihnen unterstellten Operativen Gruppen auch naheliegende Ziele zur Absicherung des Hinterlandes der vorrückenden Truppen, indem sie großangelegte Razzien durchführten, die eingenommenen Gebiete „säuberten“ und Deutsche als unbezahlte Arbeitskräfte in die UdSSR zum Einsatz in den personell unterbesetzten Betrieben verbrachten<sup>10</sup>. Im großen und ganzen unterschied sich die Politik der UdSSR 1945 in den besetzten deutschen Gebieten in ihren Zielen und Methoden kaum von der deutschen Okkupationspolitik in der Sowjetunion.

Ursprünglich wurden alle Personen, die von den Apparaten der Frontbevollmächtigten des NKWD festgenommen oder verhaftet worden waren, in die UdSSR transportiert. Doch angesichts ihrer Vielzahl wurde beschlossen, sie in Deutschland selbst unterzubringen. Mit NKWD-Befehl Nr. 00461 vom 10. Mai 1945 begann die Einrichtung von Gefängnissen und Lagern bei den NKWD-Frontbevollmächtigten<sup>11</sup>. Somit änderte sich die Situation und alle Festgenommenen blieben auf dem Territorium Deutschlands. Punkt 7 des genannten Befehls sah die Bildung einer Sondergruppe im zentralen Apparat des NKWD in Moskau vor, welcher der Oberst der Staatssicherheit B. A. Ljudwigow vorstand und die das von den Frontbevollmächtigten des NKWD eingehende Material auswerten sollte, um auf dieser Grundlage Orientierungen auszuarbeiten. NKWD-Befehl Nr. 00549 vom 22. Mai 1945 hob diesen Punkt wieder auf und bestimmte die Bildung der Abteilung „F“ des NKWD, die – wie es dort heißt – geschaffen wurde „zur ständigen Aufsicht über die Erfüllung der Direktiven und Anweisungen des NKWD der UdSSR durch die Apparate der Frontbevollmächtigten des NKWD sowie zur Gewährleistung der operativen Auswertung des Materials, das von den Organen des NKWD-NKGB-Smersch durch ihre operative, auf Agenten gestützte Arbeit auf den Territorien anderer, durch die Rote

---

<sup>6</sup> Vgl. Dokumente Nr. 54 und Nr. 92.

<sup>7</sup> Die Bezeichnungen Operative Gruppe und Operativgruppe, Operativer Sektor und Operativsektor werden hier synonym verwendet. In den Primärquellen wurden außerdem die Abkürzungen Opergruppe oder Opersektor benutzt.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: Die Apparate des NKWD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953), in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Berlin 1998, Bd. 1, 2.

<sup>9</sup> Vgl. Dokumente Nr. 3, Nr. 5, Nr. 7, Nr. 11 und Nr. 19.

<sup>10</sup> Zur Mobilisierung der Deutschen vgl. Dokumente Nr. 5 und Nr. 6.

<sup>11</sup> Vgl. Dokument Nr. 84.

Armee von den faschistischen deutschen Eroberern befreiter Länder gesammelt wurde“<sup>12</sup>. Zum Chef der Abteilung „F“ ernannte man den Kommissar der Staatssicherheit 3. Ranges Sudoplatow<sup>13</sup>, sein Stellvertreter wurde Kommissar der Staatssicherheit M. A. Sapewalin<sup>14</sup>. Die Abteilung bestand aber nicht lange und wurde am 30. August 1945 mit NKWD-Befehl Nr. 001001 wieder aufgelöst. Nach Abschaffung der Abteilung „F“ wurden die Apparate der Bevollmächtigten des NKWD bei den außerhalb der UdSSR stationierten Gruppen der sowjetischen Truppen direkt vom Volkskommissar für Inneres der UdSSR geleitet.

Daß in der ersten Zeit die gesamte Repressionspolitik in Deutschland in den Händen des NKWD konzentriert war, erklärt sich mit der herausgehobenen Stellung von Berijas Volkskommissariat für Inneres innerhalb der sowjetischen Machthierarchie. Ihm vor allem hatte Stalin die Durchführung höchst wichtiger Repressionsmaßnahmen anvertraut. Erinnert sei an die Massenerschießung polnischer Kriegsgefangener in Katyn, Charkow und Kalinin 1940, an die Aussiedlung der Deutschen aus dem Wolgagebiet 1941, an die Aussiedlung vieler Kaukasusvölker 1944 und an ähnliche verbrecherische Aktionen. Seit 1941 gehörte Berija zur „engeren Führung“ des Landes. Im Juni 1941 wurde er Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (GKO), dem eigentlichen Machtzentrum während des Krieges. Auch die umfassenden polizeilichen Strafaktionen in den von der Roten Armee besetzten Gebieten wären ohne den Einsatz der zahlreichen Untereinheiten der NKWD-Truppen nicht möglich gewesen. Die Arbeitsgrundsätze und Aufgaben der Operativen Gruppen des NKWD wurden in einer Direktive des Bevollmächtigten des NKWD für die 2. Belorussische Front Zanawa<sup>15</sup> klar formuliert:

„Beim Vorrücken der Roten Armee muß die Operative Gruppe unmittelbar den vordersten Einheiten folgen, damit beim Einrücken der Truppen in Städte und Ortschaften unverzüglich alle Personen ergriffen werden, die laut Befehl des Volkskommissars festzunehmen sind, sowie Waffen, Verzeichnisse, Archive und andere Dokumente eingezogen werden. An der Spitze der Operativen Gruppe hat unbedingt ihr Chef oder einer seiner Stellvertreter zusammen mit dem Bataillon der NKWD-Truppen vorzurücken.“<sup>16</sup>

Die Direktive sah vor, daß die NKWD-Operativgruppen zusammen mit den Abwehrabteilungen „Smersch“ der entsprechenden Truppenteile der Roten Armee stationiert werden sollten, damit sie diese und deren Feldgefängnisse nutzen könnten. Doch auch beim Weiterrücken der Front Richtung Westen blieben die Operativen Gruppen und die ihnen zugeordneten Einheiten der NKWD-Truppen in den Städten als ständige Polizeikräfte stationiert: „Zur Säuberung der durch die Rote Armee befreiten Städte und umliegenden Ortschaften von feindlichen Elementen sind Operative Gruppen des NKWD und militärische Kräfte in erforderlicher Stärke zurückzulassen, wobei zu den von ihnen zurückgelassenen Gruppen eine ständige Verbindung zu gewährleisten ist“.<sup>17</sup> Diese Anordnung führte dazu, daß die NKWD-Operativgruppen, die zusammen mit der Feldarmee vorrückten, ständig neu aufgefüllt werden mußten.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen warf der Bevollmächtigte des NKWD bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBSD) Serow<sup>18</sup> die Frage der Komplet-

<sup>12</sup> GARF 9401/12/184.

<sup>13</sup> Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch (1907–1996), Generalleutnant; 1953 inhaftiert, 1958 zu 15 Jahren Haft verurteilt und bis 1968 in Haft.

<sup>14</sup> GARF 9401/12/184.

<sup>15</sup> Zanawa, Lawrenti Fomitsch (1900–1955), 1945 Generalleutnant; ab 1921 in Sicherheitsorganen tätig, 1938–41 NKWD und 1941–51 NKGB/MGB in Weißrußland, 1951–52 stellvertretender MGB der UdSSR, ab 1953 inhaftiert.

<sup>16</sup> Vgl. Dokument Nr. 4.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Nach Auflösung der Fronten und der Apparate der NKWD-Bevollmächtigten wurde mit NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 der Posten des NKWD-Bevollmächtigten bei der GSBSD geschaffen. Im März

tierung seines Apparats auf. Diese Frage war dadurch aktuell geworden, daß ein Teil der operativen Mitarbeiter zur Unterstützung der polnischen Sicherheitsorgane sowie zur Koordinierung gemeinsamer Repressionsmaßnahmen in Polen zurückgelassen worden war. Serow verlangte deshalb für die Arbeit in Deutschland zusätzliches Personal. Dazu schrieb er am 7. Mai 1945 aus Berlin nach Moskau an den Volkskommissar für Inneres Berija:

„Mit dem NKWD-Befehl vom 17. Januar 1945 waren den Frontbevollmächtigten des NKWD von den Kaderabteilungen des NKWD-NKGB 200 operative Mitarbeiter für die Bildung von Operativen Gruppen in den Städten zur Verfügung gestellt worden. Die operativen Mitarbeiter, die damals der 1. Belorussischen Front zugeteilt wurden, hatten wir zu Instruktoren für die Landkreise und Wojewodschaften<sup>19</sup> auf dem Territorium Polens ernannt. Mit Rücksicht darauf, daß diese operativen Mitarbeiter Arbeitserfahrungen in Polen gesammelt haben, wurden sie von mir an ihren Orten zurückgelassen. Zur Zeit benötigen wir für die Organisation operativ-tschechistischer<sup>20</sup> Maßnahmen in Deutschland mindestens 200 operative Mitarbeiter des NKWD-NKGB, außerdem 20 operative Führungskräfte, die gemäß Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 2. Mai 1945 als Bevollmächtigte des NKWD in deutschen Großstädten zu ernennen sind. Ich bitte Sie, die Bereitstellung der fehlenden Anzahl operativer Mitarbeiter zu verfügen.“<sup>21</sup>

Dieser Bitte war eine Liste von neun Führungskräften aus dem System von NKWD und NKGB beigefügt, die Serow als seine Untergebenen in Deutschland zu sehen wünschte.<sup>22</sup>

Außerdem sollten, wie Serow schrieb, für den von ihm zu bildenden Apparat zusätzlich elf Führungskräfte vom Range stellvertretender Chefs von Verwaltungen des NKWD-NKGB, mindestens aber von Abteilungsleitern aus Verwaltungen des NKWD-NKGB geschickt werden. Berija nahm dieses Schreiben zur Kenntnis und versah es mit dem Entscheid:

„Gen. Kobulow! Unterbreiten Sie zusammen mit den Genossen Abakumow<sup>23</sup> und Obrutschnikow<sup>24</sup> eigene Vorschläge, wer und wie viele zur Unterstützung von Gen. Serow nach Deutschland zu schicken sind. 10. Mai 1945 – L. Berija.“<sup>25</sup>

---

1946 wurde der NKWD in MWD umbenannt, entsprechend wurde Serow zum Bevollmächtigten des MWD der UdSSR bei der GSBSD (vgl. Dokument Nr. 39). – Serow, Iwan Alexandrowitsch (1905–1990), Generaloberst; Jan.-Juli 1945 NKWD-Bevollmächtigter bei der 1. Belorussischen Front und Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Front für Zivilangelegenheiten. Juli 1945–24. Feb. 1947 Bevollmächtigter des NKWD/MWD der UdSSR in Deutschland, Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung und Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSBSD. 1947–März 1954 Erster stellvertretender MWD der UdSSR, 1954–58 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der UdSSR; 1955 Armeegeneral, 1958–63 Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (GUR) des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR. 1963 zum Generalmajor degradiert, 1965 Ausschluß aus der KPdSU.

<sup>19</sup> „Wojewodschaft“, polnische Verwaltungseinheit, entspricht in etwa dem preußischen Bezirk.

<sup>20</sup> Tschechistische Maßnahmen, Tschechist. Ursprünglich Selbstbezeichnung und Euphemismus für verdeckte Ermittlungstätigkeit. Abgeleitet von der russischen Abkürzung „[W]TschK“ für: [Wserossijskaja] Tschreswytchainaja Komissija po borbe s kontrewoljuziei, spekuljaziei i sabotaschem, d.i. [Allrussische] Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage, dem ersten sowjetischen Geheimdienst von Dez. 1917 bis 1922.

<sup>21</sup> GARF 9401/1/2201, Bl. 98.

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 99.

<sup>23</sup> Abakumow, Wiktor Semjonowitsch (1908–1954), 1941–43 Chef der Sonderabteilung und stellvertretender Volkskommissar für Inneres (NKWD), 1943–46 Chef der Hauptverwaltung Gegenspionage (Smersch) und stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung, 1946–51 Minister für Staatssicherheit der UdSSR, danach verhaftet, 1954 hingerichtet.

<sup>24</sup> Obrutschnikow, Boris Pawlowitsch (1905–), 1941–53 Stellvertreter des NKWD/MWD/MGB für Kaderfragen bzw. Chef der Kaderverwaltung; 1945 Generalleutnant (1955 degradiert).

<sup>25</sup> GARF 9401/1/2201, Bl. 98.

Solange Berija der allmächtige Leiter des NKWD und Koordinator der übrigen Geheimdienste war, wurden seine Anweisungen sowohl vom Chef der Abwehr „Smersch“ Abakumow als auch vom stellvertretenden Volkskommissar für Staatssicherheit B. S. Kobulow<sup>26</sup> widerspruchsfrei ausgeführt. Zusammen mit dem stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR für Kaderangelegenheiten Obrutschnikow schrieben sie unverzüglich zur Antwort:

„In Übereinstimmung mit Ihrer Anweisung halten wir für notwendig:

a) 200 operative Mitarbeiter zu Serows Verfügung abzukommandieren, davon 100 aus den Reihen der Abwehr „Smersch“ und je 50 aus NKWD und NKGB.

b) 15 verantwortliche Mitarbeiter aus NKWD, NKGB und Abwehr „Smersch“ entsprechend der beigefügten Liste zum Einsatz in Führungsfunktionen zu entsenden“.<sup>27</sup>

Auf dem Dokument findet sich die kurze Verfügung: „Bestätigt. L. Berija. 11. Mai 1945“<sup>28</sup>. Am gleichen Tag ging nach Berlin an Serow das chiffrierte Telegramm Nr. 238 ab, in dem ihm die Entsendung von 200 operativen Mitarbeitern (100 aus der Abwehr „Smersch“ und je 50 aus NKWD und NKGB) sowie die Namensliste der 15 nach Deutschland für den „Einsatz in Führungsfunktionen“ geschickten Mitarbeiter mitgeteilt wurden<sup>29</sup>.

Die Liste und der dienstliche Rang der zu Serows Verfügung eintreffenden operativen Mitarbeiter war höchst beeindruckend<sup>30</sup>. Im Vorfeld der Entscheidung des Hauptquartiers des Oberkommandos zur Auflösung der Fronten setzte sich Serow am 29. Mai 1945 dafür ein, daß die Operativen Gruppen des NKWD, die vorher zu den Apparaten der NKWD-Bevollmächtigten der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front gehört hatten (die sich ebenfalls auf dem Territorium Deutschlands befanden), nicht aufgelöst würden, sondern unter seine Führung kämen, und er bat Berija, eine entsprechende Entscheidung zu treffen<sup>31</sup>. Seit dieser Zeit rissen Serows Klagen über Personalmangel nicht ab. Aus der Einsicht, daß mit der Bildung der SMAD auch der Apparat des NKWD in Deutschland einen dauerhaften Status erlangt, sorgte sich Serow um die Erweiterung der Stellenpläne für seine Mitarbeiter. Seine Sicht des Problems legte er in einem Schreiben an Berija vom 12. Juni 1945 dar: „Ich halte es für zweckmäßig, über unsere Linie in allen Kreisen, Städten, Bezirken und Provinzen Operative Gruppen des NKWD zu bilden, die als Organe der Militäradministration zu tarnen sind“. Zur Auffüllung dieser Gruppen waren nach Serows Berechnungen 1.700 Mitarbeiter erforderlich. Derzeit stünden ihm aber insgesamt nur etwa 800 Mitarbeiter zur Verfügung, davon bei Meschik<sup>32</sup> (NKWD-Bevollmächtigter der 1. Ukrainischen Front) – 200, bei Zanawa (NKWD-Bevollmächtigter der 2. Belorussischen Front) – 280 und bei ihm selbst (NKWD-Bevollmächtigter der 1. Belorussischen Front) – 320. Wenn, wie Serow an Berija schrieb, entschieden werde, daß die Gruppen von Meschik und Zanawa erhalten blieben,

<sup>26</sup> Kobulow, Bogdan Sacharowitsch (1904–1953), Generaloberst; 1937–38 Volkskommissar für Inneres in Georgien, danach leitender Mitarbeiter des NKWD, ab 1941 Stellvertretender NKWD bzw. NKGB, 1943–45 Erster Stellvertreter des NKGB. Ab 1946 stellvertretender und 1951–53 Erster stellvertretender Chef der Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland, gleichzeitig 1947–49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der sowjetischen Betriebe in Deutschland, 1949–53 stellvertretender Vorsitzender der SKK für SAG-Angelegenheiten, ab März 1953 Erster stellvertretender Innenminister der UdSSR und Leiter der Hauptverwaltung für Staatssicherheit, 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>27</sup> GARF 9401/1/2201, Bl. 100.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Ebenda, Bl. 102–103.

<sup>30</sup> Archiw nowieszei istorii Rossii. Serija „Publikazii“, Bd. II. Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001, S. 352.

<sup>31</sup> Vgl. Dokument Nr. 28.

<sup>32</sup> Meschik, Pawel Jakowlewitsch (1910–1953), 1943 Generalleutnant; leitender Mitarbeiter des NKWD der UdSSR, 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

dann bitte er um eine Verfügung, daß zur Auffüllung der NKWD-Operativgruppen die 900 fehlenden operativen Mitarbeiter aus der Abwehr „Smersch“ bereitgestellt werden sollten. Nach seinen Angaben würden bei der Auflösung der Truppenteile der 1. und 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front etwa 2.000 operative Mitarbeiter der Abwehr „Smersch“ in Reserve gehen<sup>33</sup>.

Einige Tage später, am 16. Juni 1945, schickte Serow eine weitere Bitte nach Moskau, diesmal an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Tschernyschew: „Für die Arbeit als Leiter von Filtrierungskommissionen bei den Lagern für Repatrianten bitte ich 20 qualifizierte operative Mitarbeiter aus den Reihen der freigestellten Mitarbeiter der Abwehr ‚Smersch‘ zu meiner Verfügung abzukommandieren. Die zu diesem Zweck entsandten Offiziersschüler kommen mit der Arbeit nicht zurecht“<sup>34</sup>.

Angesichts der Aufgaben, die Serow bei der Durchführung von Repressionsmaßnahmen in Deutschland zu lösen hatte, reichte ihm die vorhandene Anzahl operativer Mitarbeiter nicht aus. Am 25. Juni 1945 wandte er sich erneut an Berija und teilte mit, daß im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abzug der alliierten Truppen mehr als 35 „Kreis- und Bezirksstädte“, darunter Leipzig, zur sowjetischen Besatzungszone hinzukommen würden und daß für alle diese Städte neue Operative Gruppen des NKWD geschaffen werden müßten. Dafür seien mindestens 190 zusätzliche operative Mitarbeiter, davon zwölf Personen aus den Reihen des „Führungspersonals“, erforderlich. Außerdem würden, wie Serow weiter schrieb, über die Linie der SMAD 15 Bezirks- bzw. Provinzialverwaltungen geschaffen, so daß man in diesen Städten die Operativen Gruppen von derzeit zwei bis drei Mitarbeitern auf zehn bis 15 aufstocken müsse. Daraus ergebe sich ein Bedarf von weiteren 180 Personen. Auch bat Serow darum, 160 operative Mitarbeiter bereitzustellen, um die Offiziersschüler des NKWD, die in den Lagern für Repatrianten in Deutschland arbeiteten, ablösen zu können. Insgesamt waren nach Serows Berechnungen 530 zusätzliche operative Mitarbeiter „für die Organisation tschekistischer Maßnahmen in Deutschland“ erforderlich<sup>35</sup>.

Serows Bitte stieß bei Berija auf volles Verständnis, und eine Verfügung zur Bereitstellung von Mitarbeitern – allerdings nicht im gewünschten Umfang – wurde erteilt. Darüber wurde Serow am 3. Juli 1945 direkt vom Chef des NKWD-Sekretariats Mamulow<sup>36</sup> informiert. Danach sollten zu Serows Verfügung entsandt werden: 80 Mitarbeiter der Abwehr „Smersch“, darunter Absolventen der Moskauer „Smersch“-Schule, 120 Mitarbeiter aus der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der GSBSD (insgesamt also 200 Mitarbeiter aus den Reihen der Abwehr) und weitere 100 operative Mitarbeiter des NKWD und NKGB aus den aufgelösten Apparaten der NKWD-Bevollmächtigten der 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front. Wie Mamulow versicherte, werde das operative Personal innerhalb von fünf Tagen zu seinem Bestimmungsort abkommandiert. „Alle Anweisungen werden von den Genossen Abakumow und Obrutschnikow vor Ort erteilt“<sup>37</sup>.

Es verging kein Monat und Ende Juli 1945 klagte Serow erneut darüber, daß ihm Leute fehlten. Diesmal war der Zeitpunkt glücklich gewählt. Er wandte sich an Berija, als dieser sich zusammen mit Stalin in Potsdam aufhielt, und klagte darüber, daß er nur 850 Mitarbeiter zur Verfügung

---

<sup>33</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 151-152. In dem gleichen Schreiben bat Serow darum, Georgi Prokopjewitsch Dobrynin zum Chef der Abteilung Inneres der SMAD zu ernennen.

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 66. – Tschernyschew, Wassili Wassiljewitsch (1896–1952), Generaloberst; 1937–52 stellvertretender Volkskommissar/Minister für Inneres der UdSSR.

<sup>35</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 106-107.

<sup>36</sup> Mamulow, Stepan Solomonowitsch (1902–1976), Generalleutnant; 1939–46 Chef des Sekretariats des NKWD, ab 1946 stellvertretender Minister für Inneres der UdSSR, März-Apr. 1953 Chef des Sekretariats des MWD. Im Juni 1953 verhaftet und 1954 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

<sup>37</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 105.

habe<sup>38</sup>. Der verwunderte Berija erteilte den Apparaten von NKWD, NKGB und der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ die Weisung, der Sache auf den Grund zu gehen und ihm Meldung zu erstatten. Am 30. Juli 1945 wurde Berija über das Ergebnis informiert: „Wie eine Überprüfung durch die Kaderabteilungen des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ ergab, stehen dem Gen. Serow (nach unvollständigen Angaben) zur Verfügung: vom NKWD der UdSSR – 471 Personen, vom NKGB der UdSSR – 266 Personen, von der Spionageabwehr „Smersch“ des NKO – 509 Personen, die zu unterschiedlichen Zeiten zu ihm abkommandiert wurden. Das sind insgesamt 1.246 Personen, und nicht – wie Gen. Serow in seinem Bericht angibt – 850 Personen“.<sup>39</sup> Dessen ungeachtet waren die Führer von NKWD, NKGB und Spionageabwehr damit einverstanden, daß aus den Reihen der Tschekeiten, die zu Stalins Schutz während der Potsdamer Konferenz in Deutschland eingetroffen waren, für Serow zusätzlich 225 Personen abgestellt werden sollten (100 vom NKGB, 75 vom NKWD und 50 von der Abwehr „Smersch“). Berija kam dem ständig klagenden Serow entgegen und versah dieses Schreiben mit der Verfügung: „Einverstanden. 250 Personen – die Listen sind mit Gen. Serow abzustimmen“.<sup>40</sup>

Im Sommer 1945 machten sich ressortbedingte Reibereien zwischen der Abwehr „Smersch“ und dem NKWD bemerkbar. In den Operativen Gruppen, die Serow unterstanden, kamen viele Mitarbeiter aus der Abwehr, deren Chef Abakumow war. Und dieser hatte den Kampf um die Führung der gesamten Repressionspolitik in Deutschland aufgenommen. So hatte Abakumow beschlossen, seine Operativen Gruppen ebenfalls in alle deutschen Städte zu entsenden und erteilte dem Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ in Deutschland Wadis<sup>41</sup> eine entsprechende Anweisung. Als Serow davon erfuhr, schrieb er am 22. Juli 1945 an Berija voller Empörung: „Ich halte es meinerseits für unzumutbar, wenn in den deutschen Städten Operative Gruppen des NKWD und der Spionageabwehr „Smersch“ parallel operative Arbeit unter Einsatz von Agenten leisten“<sup>42</sup>. Doch ohne Rücksicht auf Serows Proteste wurden im Juli 1945 bei den Organen der SMA in allen Ländern und Provinzen sowie in Berlin Abteilungen der Spionageabwehr „Smersch“ gebildet (für die Bezirke und Städte ernannte man Bevollmächtigte dieser Abteilungen). Allerdings beschränkten sich deren Funktionen im wesentlichen auf die Beobachtung des sowjetischen Personals, während die Durchführung von Strafaktionen gegen Deutsche weiterhin das Vorrecht der NKWD-Operativgruppen blieb.

Die Mitarbeiter der NKWD-Operativgruppen in Deutschland hatten einen provisorischen Status. Zwar nahmen sie hier Führungsfunktionen in den Operativen Sektoren der Länder und Provinzen ein, waren Chefs von Operativen Gruppen des NKWD in deutschen Städten, dennoch wurden sie weiterhin in ihren früheren Dienststellungen in den Organen des NKWD-NKGB in der Sowjetunion geführt, d.h., sie waren vorübergehend abkommandiert und mußten danach wieder auf ihre früheren Posten in der UdSSR zurückkehren.

Im Juni 1945 wurden in den Ländern und Provinzen Operative Sektoren des NKWD geschaffen, um die Tätigkeit der Operativen Gruppen vor Ort anzuleiten. Außerdem entstanden bei den Verwaltungen der SMA der Länder und Provinzen Sektoren für Inneres (später zu Abteilungen aufgewertet), die für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und die Führung der neugebildeten deutschen Polizeiorgane zuständig waren. Im internen Schriftwechsel war bis zum Dezember 1945 die Zugehörigkeit der Operativen Sektoren und der ihnen unterstehenden Operativen

<sup>38</sup> Vgl. Dokument Nr. 43.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Wadis, Alexandr Anatoljewitsch (1906–1968), Generalleutnant; 1944–45 Chef der Abwehr-Verwaltung der 1. Belorussischen Front; 1928–52 (Ausschluß) WKP(B). 1945 Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der GSBSD. 1954 Aberkennung des Ranges eines Generalleutnants.

<sup>42</sup> Vgl. Dokument Nr. 42.

Gruppen zum NKWD deutlich ausgewiesen. Doch ganz nach Serows Wunsch, deren Tätigkeit zu tarnen und ihnen den Anschein von Untergliederungen der SMAD zu geben, änderte sich vom Dezember 1945 an ihre Bezeichnung, wobei in Wirklichkeit natürlich die bisherige behördliche Zugehörigkeit beibehalten wurde. Ein Beleg dafür findet sich im Schriftwechsel der Inneren Truppen. Der Kommandeur des 219. Grenzregiments Grabowski teilte am 29. Dezember 1945 seinen Bataillonskommandeuren mit: „Nach einer mündlichen Anweisung des Chefs des Operativen Sektors der SMA Generalmajor Nikitin<sup>43</sup> stelle ich klar, daß die bisherigen Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR künftig als Operative Gruppen der SMA (Sowjetische Militäradministration) zu bezeichnen sind. Diese Anweisung ist der gesamten Mannschaft zur Kenntnis zu geben“<sup>44</sup>.

Die Führungskader der Operativen Sektoren des NKWD wurden unter den Mitarbeitern des Apparats des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland ausgewählt, darunter auch unter denen, die im Mai 1945 zu Serows Verfügung entsandt worden waren. Der erste Chef des NKWD-Operativsektors für das Land Mecklenburg wurde beispielsweise Generalmajor Dobrynin<sup>45</sup>, von August 1945 an hatte dann Generalmajor Gubin diesen Posten inne<sup>46</sup> und von November 1945 an Generalmajor D. M. Nikitin, der seit Frühjahr 1945 als Stellvertreter von Serow im Apparat des NKWD-Bevollmächtigten für die 1. Belorussische Front gearbeitet hatte. Auch Generalmajor Malkow<sup>47</sup> hatte von Februar 1945 an in Serows Gruppe gearbeitet. In seinem Lebenslauf beschrieb er seinen Werdegang so:

„Auf persönlichen Wunsch wurde ich an die Front nach Polen abkommandiert. In Polen hatte ich den Posten des Bevollmächtigten für die Wojewodschaft Poznan inne und arbeitete unter [...] Serows Führung. In der Provinz Pommern wurde ich zum Chef des Operativen Sektors der Stadt Stargard, dann zum Chef des Operativen Sektors von Stettin ernannt. Später war ich Chef des Operativen Sektors von Fürstenwalde (Deutschland), dann stellvertretender Chef des Operativen Sektors von Berlin. Im Juli 1945 wurde ich auf den Posten des Chefs der Abteilung Inneres der SMAD berufen“<sup>48</sup>.

Hier sei angemerkt, daß Malkow weiterhin formal in seiner bisherigen Dienststellung als Chef der NKWD-Verwaltung für das Gebiet Iwanowo geführt wurde. Von diesem Posten wurde

---

<sup>43</sup> Nikitin, Dmitri Michailowitsch (1899–1969), Oberst/1945 Generalmajor; 1943–45 Volkskommissar für Inneres der Karelo-Finnischen SSR; 1919 WKP(B). 1945–47 Chef des Operativen Sektors Mecklenburg des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Inneres der UdSSR in Deutschland bei der GSBSD.

<sup>44</sup> RGWA 32921/1/28, Bl. 141.

<sup>45</sup> Im Aug. 1945 wurde der Stellvertreter des Chefs der Hauptverwaltung Lager Dobrynin nach Moskau an seine Hauptarbeitsstelle zurückgeschickt. – Dobrynin, Georgi Prokopjewitsch (1907–1977), Generalmajor; 1939–47 stellvertretender Chef des GULAG des NKWD/MWD der UdSSR. 1945 Chef des Operativen Sektors des NKWD Mecklenburg. 1947–51 Chef des GULAG des NKWD/MWD der UdSSR, ab 1951 stellvertretender Chef der Verwaltung der Truppen des MWD der UdSSR zum Schutz der Industrieanlagen und der Eisenbahn, danach Chef der Hauptinspektion des MWD der UdSSR, ab 1952 Chef der MGB-Hauptverwaltung für Kontrolle und Inspektion des Regierungsschutzes, 1954–59 Chef der 7. Verwaltung des KGB der UdSSR, 1959–62 Oberberater des KGB in der Mongolei.

<sup>46</sup> Im Zusammenhang mit einem Ausbruch von Bandenkriminalität in Jaroslawl wurde der Chef der NKWD-Verwaltung für das Gebiet Jaroslawl im Nov. 1945 zu seiner Hauptarbeit zurückbeordert (GARF 9401/1/2223, Bl. 249–250). – Gubin, Wladimir Wladimirowitsch (1904–1972), Generalmajor; 1927 WKP(B), 1941–48 Chef einer NKWD-/MWD-Gebietsverwaltung in der UdSSR, gleichzeitig 1945 Chef des Operativen Sektors Mecklenburg; ab 1951 Innenminister der Kasachischen SSR, ab 1954 KGB-Vorsitzender beim Ministerrat der Kasachischen SSR, ab 1959 Chef KGB-Gebietsverwaltung von Pensa, 1964 pensioniert; 1957 Generalleutnant.

<sup>47</sup> Malkow, Pawel Michailowitsch (1904–1983), Oberst/Generalmajor; ab 1944 NKWD-Beauftragter in Polen und Ostdeutschland. Nach Kriegsende u.a. stellvertretender Leiter des NKWD/NKGB des Operativen Sektors Berlin, 1945–48 Chef der Abteilung/Verwaltung Inneres der SMAD.

<sup>48</sup> RGASPI 17/100/254786 (Personalakte des Mitarbeiters der Nomenklatur des ZK der WKP(B) P. M. Malkow). – Die Abteilung Inneres der SMAD wurde 1946 zur Verwaltung umgewidmet.

er erst im November 1945 durch NKWD-Befehl entbunden, bis dahin hatte er in Deutschland die Stellung eines Abkommandierten. Das gilt gleichermaßen auch für die meisten anderen Chefs der Operativen Sektoren.

Der Kaderbestand im Apparat des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland änderte sich ständig. Mitarbeiter, deren Kommandierungszeit abgelaufen war, kehrten in die UdSSR zurück, an ihrer Stelle trafen neue ein. 1945 gab es keinerlei offiziell bestätigten Stellenplan für ständige Mitarbeiter des Apparats des NKWD-Bevollmächtigten. Mit dieser Situation und der daraus folgenden Kaderfluktuation waren Serow und die Führer von NKWD und NKGB nicht zufrieden. Die nach Deutschland entsandten Mitarbeiter sollten einen ständigen Status erhalten. Am 26. Januar 1946 wandten sich der Volkskommissar für Inneres Kruglow<sup>49</sup> und der Volkskommissar für Staatssicherheit Merkulow<sup>50</sup> mit einer Denkschrift an Berija, in der sie die Notwendigkeit der Ausarbeitung und Bestätigung provisorischer Stellenpläne für die Operativen Gruppen von NKWD und NKGB in der SBZ darlegten<sup>51</sup>.

Fünf Tage später, am 31. Januar 1946, schickten Merkulow und Kruglow eine Denkschrift an Stalin, in der sie mitteilten, daß zum Bestand der Operativen Gruppen 2.230 Mitarbeiter des NKWD und 399 Mitarbeiter des NKGB gehörten. Außerdem gebe es über die Linie des NKGB in Berlin eine kleine Operative Gruppe für nachrichtendienstliche Tätigkeit mit 35 Mitarbeitern. In der Denkschrift wurde vorgeschlagen, den Bevollmächtigten des NKWD bei der GSBSD Serow im Nebenamt zum Bevollmächtigten des NKGB in Deutschland zu ernennen. Außerdem sollte die Arbeit der Operativen Gruppen so gestaltet werden, daß sie in Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung von NKWD und NKGB stehe<sup>52</sup>. Doch zu dieser Denkschrift traf Stalin keine formelle Entscheidung, so daß alles beim alten blieb.

Neben den Operativen Gruppen des NKWD, die Serow unterstanden und seine Anweisungen erfüllten, schickte man aus der UdSSR ständig weitere Operative Gruppen (von zentralen wie von lokalen Dienststellen des NKWD und des NKGB), die mit unterschiedlichsten Aufträgen ausgestattet waren. So informierte der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Staatssicherheit Kobulow am 10. Oktober 1945 Berija darüber, daß in Berlin zwei operativ-tschechistische Gruppen eingetroffen seien: Eine unter der Leitung des Chefs der Vierten Sonderabteilung des NKWD Krawtschenko<sup>53</sup> (zur Suche nach wissenschaftlichen Ausrüstungen und deren Abtransport), die andere unter Führung des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Militärbezirks Tbilissi Ruchadse<sup>54</sup> und des Volkskommissars für Staatssicherheit der Autonomen Sowjetrepublik Nord-Ossetien Kakutschaja<sup>55</sup> (zur Auskundschaftung der georgischen Emigration).<sup>56</sup> Am 31. Januar 1946 teilte Merkulow Serow mit, daß eine zehnköpfige Operative Gruppe

<sup>49</sup> Kruglow, Sergei Nikiforowitsch (1907–1977), Armeegeneral; 1939–43 stellvertretender, 1943–45 Erster stellvertretender und 1945–56 NKWD/MWD der UdSSR.

<sup>50</sup> Merkulow, Wsewoljod Nikolajewitsch (1895–1953), Generaloberst; ab 1938 Stellvertreter Berijas als NKWD, ab 1941 NKGB, 1941–43 Erster stellvertretender NKWD, 1943–46 NKGB bzw. MGB, ab 1947 Chef der Hauptverwaltung für das sowjetische Auslandsvermögen, 1950–53 Minister für Staatskontrolle; 1953 hingerichtet.

<sup>51</sup> GARF 9401/2/144, Bl. 153–154.

<sup>52</sup> Vgl. Dokument Nr. 54.

<sup>53</sup> Krawtschenko, Walentin Alexandrowitsch (1906–1956), Generalmajor; 1945 Chef der Vierten Sonderabteilung des NKWD.

<sup>54</sup> Ruchadse, Nikolai Maximowitsch (1905–1955), Generalleutnant; 1945 Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Militärbezirks Tbilissi, 1948–52 Minister für Staatssicherheit in Grusinien, 1952 verhaftet und 1955 zum Tode verurteilt.

<sup>55</sup> Kakutschaja, Warlam Alexejewitsch (1905–1982), Generalmajor; 1943–47 Volkskommissar für Staatssicherheit der Autonomen Sowjetrepublik Nord-Ossetien; 1956 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und bis 1968 in Haft.

<sup>56</sup> Vgl. Dokument Nr. 51.

des NKGB unter dem Chef der Ersten Verwaltung des NKGB der Belorussischen SSR Detschko<sup>57</sup> nach Berlin geschickt worden sei („mit der Aufgabe, die belorussischen Nationalisten in Deutschland auszukundschaften“) und bat ihn, die Gruppe zu unterstützen und ihr Transportmittel zur Verfügung zu stellen<sup>58</sup>.

Im Mai 1946 wurde die Struktur des MGB der UdSSR wesentlich umgebaut und erweitert. Die Organe der militärischen Abwehr „Smersch“, die bis dahin dem Volkskommissar für Verteidigung Stalin unterstanden, wurden nun als Dritte Hauptverwaltung in den Bestand des MGB eingegliedert. Zum neuen Minister für Staatssicherheit wurde anstelle von Merkulow am 4. Mai 1946 Abakumow ernannt, der bisher die Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ geleitet hatte.

Diese Reorganisation und Umstellung auf der Führungsebene hatte auch auf die in Deutschland agierenden sowjetischen Geheimdienste und ihre Unterstellungsverhältnisse wesentlichen Einfluß. Ihre gesamte Arbeit wurde nun – natürlich mit Wissen Stalins – von Abakumow unter Kontrolle genommen. Die Übergabe der Funktionen wurde im Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) P59/39 vom 20. August 1946 offiziell geregelt, wo es in Punkt 4 heißt:

„Die operativ-tscheikistische Arbeit und die Ermittlungstätigkeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind beim Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR zu konzentrieren, wofür aus dem MWD der UdSSR an das MGB der UdSSR das Agenten- und Informantennetz, die Vorgänge, das Personal, die Untersuchungshaftzellen und Inneren Gefängnisse, das Vermögen, die Gebäude und die materiellen Werte zu übergeben sind.

Beim MWD der UdSSR verbleiben die Gefängnisse für Verurteilte und die Durchgangsgefängnisse, die Sonderlager und die Bewachung von Gefangenentransporten.

Es wird festgelegt, daß Verhaftungen wegen politischer Verbrechen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nur von den Organen des MGB vorzunehmen sind.

Die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vorhandenen Truppen des MWD der UdSSR (7 Regimenter) sind operativ dem MGB der UdSSR zu unterstellen“<sup>59</sup>.

Mit dem gleichen Beschluß wurde auch der Apparat des Beraters beim polnischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit<sup>60</sup> mit seinem Personal und allen Unterlagen vom MWD an das MGB übergeben.

Im zentralen Apparat des MGB schuf man kein spezielles Organ für die Koordinierung der Tätigkeit des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Die allgemeine Führung lag jetzt beim Apparat der Auslandsaufklärung, d. h. der Ersten Hauptverwaltung des MGB. Außerdem wurde im September 1946 Generalleutnant Kowaltschuk<sup>61</sup> auf den Posten des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland berufen, der gleichzeitig stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR war und der sich seiner Stellung gemäß mit allen Berichten und Anträgen direkt an Abakumow wandte. Als die Aufklärung dann vom MGB an das im Mai 1947 geschaffene Informationskomitee beim Ministerrat der UdSSR<sup>62</sup> übergeben wurde, betraute man die Zweite Hauptverwaltung

---

<sup>57</sup> Detschko, Michail Fjodorowitsch (1912–), 1959 Ausschluß aus der KPdSU.

<sup>58</sup> GARF 9421/1/9, Bl. 218.

<sup>59</sup> Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) P 53/39 vom 20. Aug. 1946, in: AP RF 3/58/9.

<sup>60</sup> Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (d.i. Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego) war von 1945 bis 1954 das Zentrum der polnischen Geheimpolizei.

<sup>61</sup> Kowaltschuk, Nikolai Kusmitsch (1902–1972), Generalleutnant; 1927 WKP(B); 1943–45 Chef der Abwehrverwaltung der 4. Ukrainischen Front, 1945–46 Chef der Abwehrverwaltung des Militärbezirks Karpaten. Ab Mai 1946 stellvertretender MGB der UdSSR und ab Sept. 1946 gleichzeitig Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland. Ab Aug. 1949 MGB der Ukrainischen SSR, März–Mai 1953 MWD der Lettischen SSR, Juni–Juli 1953 MWD-Oberberater in Polen, Sept. 1953–Mai 1954 Chef einer MWD-Gebietsverwaltung in der UdSSR. 1954 wurde K. der Generalsrang aberkannt.

<sup>62</sup> Das Informationskomitee beim Ministerrat, später beim Außenministerium der UdSSR, koordinierte die nachrichtendienstliche Tätigkeit im Ausland.

(Abwehr) des MGB der UdSSR mit der Anleitung des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland.

Im September 1946 begab sich der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Generalleutnant Kowaltschuk nach seiner Ernennung zum MGB-Bevollmächtigten in Deutschland nach Berlin, um von Serow die Geschäfte zu übernehmen. Mit ihm kam eine große Gruppe von Mitarbeitern des zentralen MGB-Apparats nach Berlin, die Serows Leute ersetzen sollte. Das Protokoll für die Übergabe der Geschäfte und Vermögen des Apparats des Bevollmächtigten von Serow an Kowaltschuk wurde am 2. November 1946 unterschrieben. Von November 1946 an lag also die gesamte Repressionstätigkeit in der SBZ beim Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Serow wurde zwar noch bis Februar 1947 als Bevollmächtigter des MWD in Deutschland und als Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD geführt, doch nunmehr war er nur noch für die Sonderlager des MWD in Deutschland sowie für die Verwaltung Inneres der SMAD zuständig.

Die Struktur des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland wurde durch einen Befehl des MGB der UdSSR vom 5. November 1946 bestimmt. Sie hielt sich im wesentlichen an den Aufbau der Territorialorgane in der UdSSR. Doch es gab auch gewisse Unterschiede. So war die wichtigste Abteilung im Apparat des Bevollmächtigten die 5. Abteilung, die aus der von der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD übernommenen Abteilung „für die Arbeit unter der sowjetischen Kolonie in Deutschland“ hervorgegangen war. Diese Abteilung war zuständig für die Beobachtung der Stimmungen und die Bespitzelung des zahlreichen Personals der SMAD und anderer sowjetischer Zivileinrichtungen in Deutschland. Dagegen lag die Kontrolle über die in Deutschland stationierten Armee-Einheiten nach wie vor bei der militärischen Abwehr, d. h. bei der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD.

Der Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland bestand aus einem Sekretariat sowie aus Abteilungen und Unterabteilungen. Zu den Abteilungen gehörten: die 1. (Aufklärung), 2. (Spionageabwehr), 3. (Geheimpolitik), 4. (Ermittlung), 5. (für die sowjetische Kolonie), 6. (Untersuchung) und die Transportabteilung (zuständig für die Beaufsichtigung und operative Betreuung des Eisenbahn- und Schiffstransports). Zu den Hilfsabteilungen zählten: Unterabteilung A (Registratur und Archiv), Unterabteilung B (operative Technik), die Kader-Unterabteilung sowie die Unterabteilung Verwaltung und Finanzen. Auch die lokalen Organe des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland waren einer weitreichenden Reorganisation unterzogen worden. Die Operativen Sektoren des MWD für die Länder und Provinzen wurden in Operative Sektoren des MGB umbenannt, ihre innere Struktur (Bezeichnung und Funktionsbestimmung der Abteilungen und Unterabteilungen) dem Apparat des Bevollmächtigten angeglichen. Die Operativen Gruppen des NKWD-MWD in den Bezirken, Städten und Kreisen nannte man von nun an Abteilungen des MGB. Insgesamt gab es im Dezember 1946 nach den neuen Stellenplänen sechs Operative Sektoren des MGB für die Länder und Provinzen, zu denen 20 Bezirksabteilungen, 128 Stadt- bzw. Kreisabteilungen und acht Stadtbezirksabteilungen in Berlin gehörten<sup>63</sup>.

Der neuen Struktur des Apparats des MGB-Bevollmächtigten entsprechend wurden im November 1946 die Abteilungen Spionageabwehr des MGB bei den SMA-Verwaltungen der Länder und Provinzen aufgelöst. Ihr Personal kam zum größten Teil in die 5. Abteilungen der Operativen Sektoren des MGB.

Wie bereits festgestellt, befanden sich zwischen 1945 und 1947 die Führungskräfte des Apparats des MGB-Bevollmächtigten – die Stellvertreter des Bevollmächtigten und die Chefs der

<sup>63</sup> Vgl. RGWA 32933/1/49, Bl. 548-553. Dem Dislozierungsverzeichnis der Inneren Truppen des MWD zufolge befanden sich im April 1946 in der SBZ 18 Operativgruppen für Bezirke und 183 Operativgruppen des MWD für Kreise und Städte unter ihrer Bewachung (vgl. RGWA 32925/1/146, Bl. 189-192).

Operativen Sektoren – im Status abkommandierter Mitarbeiter in Deutschland, die formal noch in ihren früheren Dienststellungen in der UdSSR geführt wurden. So behielt der Chef des Operativen Sektors des NKWD-MWD für Thüringen Beschadow<sup>64</sup> das Amt des Ministers für Staatssicherheit der Kabardinischen ASSR und Martirosow<sup>65</sup>, Chef des Operativen Sektors des NKWD-MWD-MGB für die Provinz Sachsen, blieb stellvertretender Chef der MGB-Verwaltung für das Gebiet Gorki. Die Situation änderte sich erst Ende 1947, als durch Befehle des MGB der UdSSR einige offizielle Ernennungen für Führungspositionen im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland erfolgten. Bei einigen Führungskräften erfolgte die Ernennung nachträglich. So wurde G. A. Melnikow<sup>66</sup> erst mit MGB-Befehl vom 8. Dezember 1947 zum Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ernannt, obwohl er faktisch bereits seit 10. dem Dezember 1946 diesen Posten einnahm. Anfang 1948 erhielt das Spitzenpersonal des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland den Rang von Partei-Nomenklaturkadern. Mit Beschluß des Sekretariats des ZK Nr. St. 344/47g vom 18. März 1948 wurden sechs Posten der Chefs der Operativen Sektoren und drei Posten der Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland in die Nomenklatur des ZK der WKP(B) aufgenommen<sup>67</sup>. Von diesem Zeitpunkt an mußten Ernennungen und Abberufungen von Mitarbeitern dieser Ebene erst vom Sekretariat des ZK der WKP(B) bestätigt werden, bevor sie durch MGB-Befehle offiziell verkündet werden konnten.

Die Einführung dieser Bestätigungsprozedur für die Kader im Apparat des MGB-Bevollmächtigten war Teil eines allgemeinen Plans zur Säuberung des gesamten operativen Personals der Sicherheitsorgane in Deutschland. Ein niedriger Stand der Disziplin, häufige Trinkgelage und Gesetzesverletzungen bis hin zu Gewaltakten gegen die ortsansässige Bevölkerung und Raubtaten waren keine Seltenheit.<sup>68</sup> Solche Gewohnheiten hatten die Mitarbeiter von NKWD und Spionageabwehr „Smersch“ während des Frontalltags angenommen. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist eine Meldung des politischen Stellvertreters eines Bataillonskommandeurs des 16. Grenzregiments an den Chef der Politischen Abteilung des Regiments Kalinin vom 18. Februar 1945, in der er darüber informierte, daß der stellvertretende Bataillonskommandeur für Aufklärung A. P. N.<sup>69</sup> eine Rauferei mit seinem Untergebenen Unterleutnant D. angefangen hatte, wobei sich beide im volltrunkenen Zustand befanden. N. hatte D. beleidigt und wollte ihn verprügeln. „Nach D.s Bericht sind Trinkgelage in der operativ-tschechistischen Gruppe zum System geworden. Man trinkt vor dem Frühstück, vor dem Mittagessen und vor dem Abendbrot. Diese Trinkgelage hatte Hauptmann N. eingeführt.“ Die Meldung enthält die Bitte, N. „vor der Partei zur Verantwortung zu ziehen“<sup>70</sup>. Doch N. setzte seinen Dienst fort und wurde Chef von NKWD-Operativgruppen in mehreren deutschen Städten.

---

<sup>64</sup> Beschadow, Grigori Akimowitsch (1897–1955), Generalmajor (1951 degradiert); 1944–47 Volkskommissar/Minister für Staatssicherheit der Autonomen Kabardischen Sowjetrepublik, gleichzeitig 1945–46 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD des Landes Thüringen. Im Dez. 1947 verhaftet und 1951 wegen Amtsmißbrauchs und Verstoßes gegen sozialistisches Eigentum zu 10 Jahren Haft verurteilt, 1953 gerichtlich rehabilitiert.

<sup>65</sup> Martirosow, Georgi Iossifowitsch (1906–), Generalmajor; 1945–47 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB in Sachsen-Anhalt. Ab Juli 1947 stellvertretender und ab 1951–52 Chef einer MGB-Gebietsverwaltung, 1952–53 MGB und 1953–54 MWD der Armenischen SSSR, 1954–55 Chef der KGB-Gebietsverwaltung von Archangelsk, 1955 pensioniert und aus der KPdSU ausgeschlossen.

<sup>66</sup> Melnikow, Grigori Alexandrowitsch (1898–1972), Generalmajor; 1944–45 stellvertretender Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ einer Front, ab 1946 Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Bis zur Pensionierung 1955 beim KGB tätig.

<sup>67</sup> RGASPI 17/116/344, Bl. 117.

<sup>68</sup> Vgl. die Dokumente im Teil III der Edition.

<sup>69</sup> Aus Gründen des Datenschutzes werden nur die Namensinitialen genannt.

<sup>70</sup> RGWA 32888/1/110, Bl. 8.

Zur Erhöhung der Disziplin sollten Überprüfungen der Parteiorganisationen in den Apparaten der MGB-Operativsektoren dienen.<sup>71</sup> Außerdem wurden von den Parteiorganen Razzien an verurteilten Orten durchgeführt. So unternahmen Vertreter der Politischen Abteilung der SMAD am 1. Juni 1946 eine Razzia und kontrollierten die Autos, die zum „Schwarzen Markt“ in Berlin-Lichtenberg gefahren waren. An diesem Tag wurden A., der Fahrer des Staatssicherheitsministers der UdSSR, und andere Fahrer von Chefs der militärischen Abwehr festgenommen.<sup>72</sup>

In Einzelfällen, wenn es um ein ganz spezielles Problem – das Verhalten der jungen Mitarbeiterinnen der Militärzensur des MGB – ging, mußte die Führung die MGB-Truppen um Hilfe bitten, damit diese Mitarbeiterinnen vor Militärangehörigen der GSBSD abgeschottet würden. Wie es in einer Meldung vom 13. April 1948 heißt, gebe es keine Anlagen zum Schutz der Abteilung Militärzensur in Strausberg. Dort befanden sich Gebäude für die Lehrgänge der Militärzensur. Die Meldung fährt fort: „In die Zensur dringen die Militärangehörigen der Panzer- und der Fliegertruppen ein, sie veranstalten dort Trinkgelage und randalieren, am 10. April 1948 wurde sogar bei einer Randalie geschossen.“<sup>73</sup> Daraufhin beschloß man, die rückwärtige Seite des Gebäudekomplexes mit Wachposten und Wachhund abzusichern. In dem Garten, von dem aus die Besucher eingedrungen waren, sollte eine Streife mit dem Wachhund Naida patroullieren.<sup>74</sup>

Ein weiteres Problem für den Apparat des NKWD-MWD in Deutschland waren die Repatrianten<sup>75</sup>, die in großer Zahl zur Arbeit als Dolmetscher und sogar in unteren operativen Dienststellungen herangezogen wurden. Viele von ihnen erhielten auch Waffen. Die Folge war, daß es nicht selten zu blutigen Zwischenfällen kam.<sup>76</sup> 1947 wurde der Beschluß gefaßt, die Repatrianten aus allen Einrichtungen der SMAD, darunter auch aus dem Apparat des MGB, zu entlassen und in die UdSSR zurückzuschicken. Doch die Ausführung dieses Beschlusses erwies sich als recht schwierig. Die Repatrianten hatten durchaus keine Eile mit ihrer Rückkehr in die Heimat, sie widersetzten sich ihrer Abreise, manche flohen in die Westzonen. Schließlich ging man daran, sie zwangsweise zurückzuschicken. In einem Bericht des 1. Bataillons des 105. Schützenregiments für Juni 1947 wird dazu mitgeteilt: „24. Juni 1947 – aus der Operativen Abteilung von Bernau wurden Dolmetscher und Wachleute aus den Reihen der Repatrianten in die Sowjetunion zurückgeschickt, die in der Gruppe gearbeitet hatten. Der Chef der Operativen Gruppe hatte Hinweise erhalten, daß einige von ihnen nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollten, sondern vorhatten, in die Zone der Alliierten zu fliehen. Daraufhin stellte er dem 1. Zug der 3. Kompanie die Aufgabe, die Operative Gruppe abzusperren und niemand durchzulassen“. Im Ergebnis wurden sechs Personen festgenommen, die fliehen wollten.<sup>77</sup>

Die Umstrukturierungen, die Anfang 1949 im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland vorgenommen wurden, standen im direkten Zusammenhang mit der Schaffung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ. Am 7. März 1949 sandte Abakumow an Stalin die Mitteilung Nr. 5166/A, in der es um Maßnahmen ging, die in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) vom 28. Dezember 1948 zur Schaffung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ ergriffen wurden. Zu diesem Thema wandte er sich in einem Schreiben vom 2. April 1949 noch einmal an Stalin. Darin ist von der „Verstärkung der Arbeit der Staatssicherheitsorgane“ in Deutschland sowie vom Aufbau deutscher Sicherheitsorgane die Rede.

<sup>71</sup> Vgl. Dokumente Nr. 212, Nr. 217 und Nr. 227.

<sup>72</sup> GARF 5704/1/6, Bl. 165. Aus dieser Mitteilung ist zu schließen, daß sich Abakumow zu diesem Zeitpunkt in Berlin aufhielt.

<sup>73</sup> RGWA 32933/1/63, Bl. 23.

<sup>74</sup> Ebenda, Bl. 27.

<sup>75</sup> Gemeint sind sowjetische Staatsangehörige, die während des Krieges als Militärangehörige oder Zivilisten nach Deutschland verschleppt wurden und nach Kriegsende in die UdSSR zu repatriieren waren.

<sup>76</sup> Vgl. Dokument Nr. 191.

<sup>77</sup> RGWA 32933/1/60, Bl. 103-104.

Wie Abakumow mitteilte, sollten für alle Landkreise, in denen deutsche Staatssicherheitsorgane geschaffen würden, zugleich auch Kreisabteilungen des MGB gebildet werden. Dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten und den Operativen Sektoren übertrug man nun die Anleitung und Kontrolle der deutschen Sicherheitsorgane. Weiter schrieb Abakumow, er habe 115 Mitarbeiter des MGB der UdSSR zur Arbeit im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland geschickt<sup>78</sup>.

Diese Umstrukturierungen im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland wurden durch Befehl des MGB der UdSSR vom 25. März 1949<sup>79</sup> festgelegt. Danach sollten in den Operativen Sektoren der Länder die Bezirksabteilungen des MGB beseitigt werden und an ihre Stelle in den Großstädten Stadtabteilungen des MGB treten. Zum Zwecke „größerer Konspiration“, wie Abakumow an Stalin schrieb<sup>80</sup>, wurden im Apparat des MGB-Bevollmächtigten Buchstabenkodes zur Bezeichnung der Abteilungen eingeführt. Die Transportabteilung hieß von nun an Abteilung RW, aus der Abwehrabteilung wurde Abteilung LI, aus der Untersuchungsabteilung die Abteilung OS, aus der Kaderabteilung die Abteilung FK, aus der Registratur- und Archivabteilung die Abteilung RS usw.

1949 erreichte die personelle Ausstattung des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ihren Höchststand. Nach der Umstrukturierung gab es im April 1949 40 Stadt- und 91 Kreisabteilungen des MGB (in Berlin wie bisher acht Stadtbezirksabteilungen). Schätzungen zufolge betrug die Gesamtzahl der Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten und seiner Landesorgane, eingeschlossen das gesamte Dienstpersonal (Fahrer, Dolmetscher, Gefängnisaufseher), zu diesem Zeitpunkt mindestens 4.000 Personen.

Neue Veränderungen in den Stellenplänen des Apparats des MGB-Bevollmächtigten vollzogen sich nach einem MGB-Befehl vom 4. August 1950<sup>81</sup>. Danach wurde die Transportabteilung (Abteilung RW) aufgelöst und ihre Funktion der Abteilung zur Beaufsichtigung der MfS-Organe der DDR (Abteilung MK) übertragen. Außerdem hob man den Operativen Sektor für Berlin auf, die Bearbeitung des sowjetischen Sektors von Berlin ging direkt an den Apparat des MGB-Bevollmächtigten über. Den neuen Stellenplänen entsprechend wurden auch alle Stadt- und Kreisabteilungen des MGB aufgelöst, an ihre Stelle traten kreisübergreifende MGB-Abteilungen, welche die Zuständigkeit für mehrere Kreise unter einer Führung vereinten. Neu im Apparat des MGB-Bevollmächtigten war die Abteilung zur operativen Beaufsichtigung der SAG Wismut. Wegen der Urangewinnung war dieses Objekt für Moskau von außerordentlicher Wichtigkeit. Ursprünglich hatte von 1945 an eine Operative Sondergruppe des NKWD-MWD bei der SAG Wismut bestanden, die später in eine Operative Abteilung umgewandelt und im Mai 1948 in den Operativen Sektor des MGB für das Land Sachsen eingegliedert wurde. Im Zusammenhang mit den neuen Stellenplänen ging diese Abteilung als Abteilung WT im August 1950 in den Apparat des MGB-Bevollmächtigten über. Insgesamt kam es infolge der Reorganisation von 1950 zu einer deutlichen Reduzierung der Personalstärke des MGB-Apparats in Deutschland.

Mit MGB-Befehl vom 13. Juni 1952 wurde wiederum ein neuer Stellenplan für den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland eingeführt<sup>82</sup>. An die Stelle der fünf Operativen Sektoren für die Länder traten nun 14 Operative Sektoren für die Bezirke. Der neue Aufbau der MGB-Organe in Deutschland nach Bezirken entsprach der neuen administrativ-territorialen Gliederung der DDR. Außerdem wurden durch diesen MGB-Befehl zwei zusätzliche Posten für Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten für Deutschland eingeführt und ein Posten eines Stell-

---

<sup>78</sup> ZA FSB 4-os/7/5, Bl. 603-605.

<sup>79</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 0097 vom 25. März 1949.

<sup>80</sup> ZA FSB 4-os/7/5, Bl. 603-605.

<sup>81</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 00418 vom 4. Aug. 1950.

<sup>82</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 00399 vom 13. Juni 1952.

vertreter des Bevollmächtigten, der zugleich im Nebenamt als Chef der Verwaltung WT fungierte. Die Struktureinheit zur Beaufsichtigung der SAG Wismut war also in den Rang einer Verwaltung erhoben worden. Insgesamt hatte der MGB-Bevollmächtigte für Deutschland diesem neuen Stellenplan entsprechend sechs Stellvertreter. Die anderen Veränderungen betrafen die Funktionen der Abteilungen im Apparat des Bevollmächtigten. Neu geschaffen wurde eine Abteilung für Auslandsaufklärung, die Hauptaufmerksamkeit des Apparats galt nun der aktiven Aufklärung in Westdeutschland. Die Übertragung von Aufklärungsfunktionen auf den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland hing damit zusammen, daß am 2. November 1951 die Auslandsaufklärung aus dem Informationskomitee beim Außenministerium wieder an das MGB der UdSSR übergeben worden war. Nach dieser Reorganisation hatte der Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland eine Personalstärke von etwa 2.200 Mitarbeitern.

Weitreichende Veränderungen in Struktur und Tätigkeit des Apparats des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland gab es nach Stalins Tod. Der neue Innenminister Berija richtete am 19. Mai 1953 an das Präsidium des ZK der KPdSU die Denkschrift Nr. 66/B, in der er seine Unzufriedenheit mit der Arbeit des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland zum Ausdruck brachte. Darin heißt es, die operative, auf Agenten gestützte Arbeit befände sich auf niedrigem Niveau, Verhaftungen „reaktionärer Elemente“ würden „ohne System“ erfolgen. Wie es weiter heißt, verfüge der Apparat des Bevollmächtigten über 2.222 Mitarbeiter und 14 Operative Sektoren in den Bezirken der DDR. Im Grunde ersetze er die Staatssicherheitsorgane der DDR und hindere sie an der Arbeit, so das Fazit in Berijas Schreiben. Im weiteren wurden Vorschläge dargelegt, nach welchen Grundsätzen eine Reorganisation des Apparats des Bevollmächtigten zu erfolgen habe. Zu dessen Aufgaben sollte vor allem gehören: Unterstützung – in Form von Ratschlägen und Empfehlungen – der Staatssicherheitsorgane der DDR; Spionageabwehr innerhalb der DDR nur in den Fällen, welche die Interessen der Sowjetunion berührten und der Verhinderung des Eindringens von Agenten ausländischer Geheimdienste in die sowjetische Kolonie dienten; geheimdienstliche Aufklärung in Westdeutschland nach den Vorgaben des MWD der UdSSR. Berija schlug vor, den Stellenplan des Apparats des Bevollmächtigten auf 328 Mitarbeiter zu reduzieren, die Operativen Sektoren in den Bezirken aufzulösen und statt ihrer drei bis vier Berater bei jeder Bezirksverwaltung der DDR-Staatssicherheit zu installieren<sup>83</sup>.

Berijas Vorschläge wurden umgesetzt. Im Grunde liefen sie darauf hinaus, die gesamte Arbeit der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR auf Beratungsfunktionen zu reduzieren. Die Rechte des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland gingen jetzt nicht viel weiter als die der Oberberater des MWD in den analogen Apparaten der sowjetischen Staatssicherheit bei den Geheimdiensten der „Volksdemokratien“.

Nach Berijas Verhaftung wandte sich die neue Führung des MWD an das Präsidium des ZK der KPdSU mit dem Ersuchen, den vorher reduzierten Stellenplan von 328 auf 540 Mitarbeiter aufzustocken. Davon ist im Schreiben des MWD Nr. 196/K vom 13. Juli 1953 die Rede<sup>84</sup>. Diese Verstärkung des Apparats wurde zwar gestattet, doch die Organisationsprinzipien und Rechte des Apparats des Bevollmächtigten wurden beibehalten. Die regionalen Untergliederungen der Staatssicherheit (Operative Sektoren) fanden also keine Neuaufgabe. Man beschränkte sich vielmehr darauf, in die deutschen Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit Berater zu schicken, deren Anzahl nun allerdings zwischen fünf und neun schwankte. In dem selben Schreiben wird festgestellt, die frühere, von Berija diktierte Entscheidung zu Aufgaben und Struktur des Apparats des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland sei durch „eine unrichtige Einschätzung der politischen und operativen Lage in Deutschland“ bedingt gewesen, der Apparat sei von seiner Kontrollfunktion gegenüber der deutschen Staatssicherheit befreit worden, was „offenbar ver-

<sup>83</sup> ZA FSB 4-os/11/3, Bl. 412-416.

<sup>84</sup> Ebenda, 7, Bl. 295-298.

früht war angesichts der Schwäche der Organe des MfS der DDR<sup>85</sup>. Wie die Autoren des Schreibens vorschlugen, dürfe man sich jetzt nicht auf Ratschläge und Empfehlungen beschränken, vielmehr sei der Apparat des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland mit dem Recht auszustatten, die Arbeit des MfS der DDR zu lenken und zu beaufsichtigen. Für die Struktur des Apparats des MWD-Bevollmächtigten waren sieben operative Funktionalabteilungen, eine Untersuchungsabteilung und ein Inneres Gefängnis vorgesehen.

Die erneute personelle Verstärkung der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR stand im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953, bei denen sich aus Arbeiterdemonstrationen in Ostberlin ein Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft entwickelt hatte. Dennoch erfolgte 1953 zweifellos eine beträchtliche Reduzierung des Apparats der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR und eine Beschränkung ihrer Funktionen im Vergleich zu Stalins Zeiten.

## II. Innere Truppen des NKWD-MGB in der SBZ/DDR

Die Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland waren das Hauptinstrument der Repressionspolitik. Bei der Durchführung von Operationen vor Ort (bei Durchkämpfungsaktionen, Razzien oder bei der massenhaften Aushebung der erwachsenen deutschen Bevölkerung zum Abtransport in die UdSSR) konnten sie sich auf die militärischen Kräfte der ihnen unterstellten Grenzregimenter des NKWD stützen, die in die Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes eingegangen waren.

Die Richtlinie über die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee war am 28. April 1942<sup>86</sup> vom stellvertretenden Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Schaposchnikow<sup>87</sup> und vom stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Apollonow<sup>88</sup> bestätigt worden. Darin heißt es: „Der Schutz des Hinterlandes der Fronten wird von den Kriegsräten der Fronten organisiert und von den Truppenteilen und rückwärtigen Diensten des Volkskommissariats für Verteidigung sowie von den dazu eigens bereitgestellten Truppenteilen des NKWD der UdSSR verwirklicht.“ Der Richtlinie zufolge hatten die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes folgende Aufgaben:

- „1. Kampf gegen Diversanten, Spione und Banditen im Hinterland der Front;
2. Kampf gegen Deserteure und Marodeure;

---

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> Gleichzeitig wurde am 28. Apr. 1942 mit NKWD-Befehl Nr. 00852 innerhalb der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR die Verwaltung für die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee geschaffen. Mit NKWD-Befehl vom 4. Mai 1943 erhielt diese Verwaltung den Status einer selbständigen Hauptverwaltung innerhalb des NKWD der UdSSR. Aufgelöst wurde die Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee durch NKWD-Befehl Nr. 001206 vom 13. Okt. 1945. Von diesem Zeitpunkt an unterstanden die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD, der Nordgruppe der Truppen und der Zentralgruppe der Truppen direkt der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR. Vgl. WTschK-OGPU-NKWD-NKGB-MGB-MWD-KGB. 1917–1991. Sprawotschnik 2003, S. 78–79, S. 85.

<sup>87</sup> Schaposchnikow, Boris Michailowitsch (1882–1945), Marschall der Sowjetunion; 1937–43 mit Unterbrechungen stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR und zeitweilig Chef des Generalstabes der Roten Armee.

<sup>88</sup> Apollonow, Arkadi Nikolajewitsch (1907–1978), ab 1942 stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR, 1943 Generaloberst.

3. Liquidierung kleiner Abteilungen und Gruppen des Gegners, die ins Hinterland der Front eingeschleust oder versprengt wurden (MPi-Schützen, Fallschirmspringer, Signalgeber u. a.);
4. in besonderen Fällen (auf Beschluß des Kriegsrates<sup>89</sup> der Front) Schutz der Verkehrswege auf bestimmten Abschnitten<sup>90</sup>.

Der Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front unterstand dem Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD, in operativer Hinsicht aber dem Kriegsrat der Front. Für alle Fragen der Unterbringung, der Organisationsstruktur, der Stellenpläne und der personellen Auffüllung der Truppen war das NKWD der UdSSR zuständig. Die Rechte der Dienstkommandos der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes wurden folgendermaßen bestimmt: Sie haben „das Recht, innerhalb des von den NKWD-Truppen zu schützenden Gebietes alle Personen festzunehmen, die das von der militärischen Führung für den frontnahen Streifen festgesetzte Regime verletzen, bei ausnahmslos allen Zivil- und Militärpersonen, die sich durch das Gebiet bewegen, die Ausweispapiere zu kontrollieren und Personen festzunehmen, bei denen der Verdacht auf feindliche antisowjetische Tätigkeit besteht bzw. diese festgestellt wurde (Spione, Kollaborateure usw.)“. Die Richtlinie betont: „Die Aktionen der Dienstkommandos müssen entschlossen und nachdrücklich sein, bis hin zum Waffengebrauch.“<sup>91</sup>

Ursprünglich wurde – der Direktive zufolge – die Tiefe des Fronthinterlandes vom Generalstab der Roten Armee bestimmt, doch bereits am 27. Juli 1942 nahmen der Chef des Generalstabs Wassilewski<sup>92</sup> und der Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres Apollonow eine Korrektur vor und legten fest, daß „die Tiefe des Fronthinterlandes, das von den NKWD-Truppen zu schützen ist, von den Kriegsräten der Fronten ([und] der selbständigen Armeen) gemeinsam mit den Chefs der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front bestimmt wird“<sup>93</sup>.

1945 änderte sich bei einigen Fronten die Unterstellung der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes. Mit NKWD-Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 wurden bei den Fronten der Roten Armee Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR ernannt<sup>94</sup>, die für die Durchführung aller Straf- und Zwangsmaßnahmen im Hinterland der vorrückenden Truppen verantwortlich waren.<sup>95</sup> Von nun an unterstanden die Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes direkt den NKWD-Bevollmächtigten der Fronten und die Truppenkommandeure wurden zu deren Stellvertretern ernannt. Gleichzeitig erweiterte sich der Aufgabenbereich der NKWD-Truppen. Neben der Verhaftung „feindlicher Elemente“ waren sie nun auch zuständig für die Zwangsmobilisierung zur Arbeit in der UdSSR, für die Aussiedlung der Bevölkerung aus dem frontnahen Streifen, für den Schutz der Spionageabwehr „Smersch“ und der den NKWD-Operativgruppen unterstehenden Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen, für die Bewachung von Gefangenentransporten und der Sonderlager des NKWD. In den von der Roten Armee eingenommenen Städten wurden Operative Gruppen des NKWD gebildet. Zur Bewachung der von ihnen genutzten Gebäude, Untersuchungshaftzellen und Gefängnisse unterstellte man ihnen aus dem Bestand der Truppen zum Schutz des Hinterlandes Sicherungseinheiten. Diese Einheiten wurden außerdem zu Ver-

<sup>89</sup> Der Kriegsrat war ein militärpolitisches Institut bei den Oberbefehlshabern von Armeen und Fronten, das bis 1948 mit sehr weitreichenden zivilen und militärischen Vollmachten ausgestattet war. Danach nahm es nur beratende politische Funktionen wahr.

<sup>90</sup> Vgl. Dokument Nr. 1.

<sup>91</sup> Ebenda.

<sup>92</sup> Wassilewski, Alexandr Michailowitsch (1895–1977), Marschall der Sowjetunion; 1942–45 und dann wieder ab 1946 Chef des Generalstabs und stellvertretender Volkskommissar/Minister für Verteidigung der UdSSR. Zweifacher Held der Sowjetunion.

<sup>93</sup> RGWA 32905/1/163, Bl. 171.

<sup>94</sup> Mit Ausnahme der 2. und 3. Ukrainischen Front.

<sup>95</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

haftungen unter der Bevölkerung, zum Durchkämmen von Gebieten sowie zur Durchführung von Razzien eingesetzt.

Im Frühjahr 1945 kämpften in Deutschland die Truppen der 2. Belorussischen Front (hauptsächlich in der Provinz Mecklenburg), der 1. Belorussischen Front (im Raum Berlin), der 1. Ukrainischen Front (in Schlesien, im Land Sachsen und zum Teil in der Provinz Brandenburg) und der 3. Belorussischen Front (in Ostpreußen). Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes der Roten Armee in Deutschland<sup>96</sup> waren im Mai 1945 folgende Regimenter der Grenz- bzw. Inneren Truppen des NKWD stationiert:

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front: die Grenzregimenter Nr. 38 (Fehrbellin, dann Berlin)<sup>97</sup>, Nr. 105 (Berlin), Nr. 127 (Mariendorf), Nr. 157 (Nauen), Nr. 331 (Wiesenburg) und Nr. 333 (Berlin).

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front: Nr. 87 (Tribsees), Nr. 218 (Greiffenberg)<sup>98</sup>, Nr. 219 (Güstrow); die 63. Schützendivision der Inneren Truppen (Woldegk) und in ihrem Bestand die Schützenregimenter Nr. 32 (Greifswald), Nr. 273 (Lychen, Pritzwalk, dann Boek) und das 108. Grenzregiment (Strasburg).<sup>99</sup>

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front: die Grenzregimenter Nr. 11 (Hindenburg), Nr. 16 (Michelau, dann Dresden), Nr. 83 (Freiberg), Nr. 334 (Falkenberg)<sup>100</sup>; die 58. Schützendivision der Inneren Truppen (Dresden) und in ihrem Bestand die Schützenregimenter Nr. 372 (Dresden, dann Cottbus), Nr. 373 (Breslau), Nr. 374 (Cottbus).<sup>101</sup>

Mit NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 wurde aus dem Apparat des NKWD-Bevollmächtigten der 1. Belorussischen Front der Apparat des NKWD-Bevollmächtigten bei der GSBSD gebildet. Dem Bevollmächtigten wurden lediglich zehn Grenzregimenter zur Verfügung gestellt – das 16., 38., 83., 87., 105., 127., 157., 219., 331. und das 333.<sup>102</sup> Dabei waren zu diesem Zeitpunkt das 38., 87. und 219. Regiment völlig mit dem Schutz der Potsdamer Konferenz<sup>103</sup> beschäftigt, sie konnten also für den Schutz der NKWD-Operativgruppen und die Bewachung ihrer Untersuchungshaftzellen und Gefängnisse nicht herangezogen werden.<sup>104</sup>

Einer mündlichen Verfügung Berijas gemäß wurde mit Befehl Nr. 0025 vom 10. August 1945 das 92. Grenzregiment, das vorher zu den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 4. Ukrainischen Front gehörte, in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD aufgenommen.<sup>105</sup>

---

<sup>96</sup> Ohne Ostpreußen.

<sup>97</sup> Genannt werden die Stationierungsorte der Regiments-Kommandostellen. Die Sicherungseinheiten, die von diesen Regimentern zum Schutz der NKWD-Operativgruppen bereitgestellt wurden, waren an anderen, mitunter weit entfernten Orten untergebracht.

<sup>98</sup> Wurde im Juni 1945 nach Stettin umgesetzt, im Juli nach Poznan und ging ein in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der Streitkräfte.

<sup>99</sup> Ab dem 6. Juni 1945 befand sich die Kommandostelle der Division in Mahlsdorf (12 Kilometer östlich von Berlin). Nach NKWD-Befehl Nr. 00874 vom 26. Juli 1945 begann die Division im August mit der Verlagerung nach Ostpreußen und vom 24. Sept. 1945 an war ihre Kommandostelle in Königsberg. Vgl. RGWA 38686/1/25, Bl. 1-20.

<sup>100</sup> Im Juli 1945 wurde das 334. Grenzregiment, das bis dahin in Torgau und Dessau stationiert war, in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der Streitkräfte überstellt.

<sup>101</sup> Laut Kampfbefehl des Stabs der 58. Schützendivision Nr. 0025 vom 4. Juli 1945 wurden Einheiten der Division zum Schutz der Eisenbahnstrecke Brest-Warschau-Poznan umgesetzt (RGWA 32891/1/120, Bl. 127). Am 20. Juli 1945 befand sich die Kommandostelle der Division in Prag (RGWA 38650/1/191, Bl. 90).

<sup>102</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

<sup>103</sup> Die Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der UdSSR fand vom 17. Juli bis 2. Aug. 1945 statt.

<sup>104</sup> Im Juni wurden die genannten Regimenter dem Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Kruglow unterstellt und in dem Potsdamer Vorort Babelsberg stationiert.

<sup>105</sup> RGWA 32925/1/297, Bl. 27.

Bald nach Abschluß der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 lief eine großangelegte Operation zur Durchkämpfung der SBZ an.<sup>106</sup> Zu diesem Zweck wurden den Operativen Sektoren alle vorhandenen Grenzregimenter zur Verfügung gestellt. Dem Operativen Sektor des NKWD in Berlin wurden das 105. und 333. Regiment überstellt, dem Operativen Sektor der Provinz Mecklenburg-Vorpommern – das 87. und 219. Regiment, dem Operativen Sektor der Provinz Brandenburg – das 127. und 331. Regiment, dem Operativen Sektor der Provinz Sachsen – das 92. und 157. Regiment, dem Operativen Sektor des Landes Sachsen – das 16. und 38. Regiment und dem Operativen Sektor des Landes Thüringen – das 83. Regiment.<sup>107</sup> Nach dem Ende der Operation blieb diese Unterstellung weiter bestehen. Die den Chefs der Operativen Gruppen unterstellten Sicherungseinheiten der NKWD-Truppen hatten folgende Aufgaben: „Schutz der Stationierungsorte der Operativen Gruppen und Sicherungseinheiten, Außenbewachung der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen, Bewachung von Gefangenentransporten, Eliminierung verbrecherischer Elemente sowohl zusammen mit operativen Mitarbeitern als auch selbständig, Durchführung von Razzien und Durchkämpfungsaktionen in Wohnorten und Waldgebieten“.<sup>108</sup>

Ende 1945 begann die Reduzierung der NKWD-Truppen in Deutschland. Mit NKWD-Befehl Nr. 001155 vom 4. Oktober 1945 wurde das 333. Grenzregiment im November 1945 aus Deutschland abgezogen und in den Bestand der 82. Division der Inneren Truppen eingegliedert.<sup>109</sup>

Im Mai 1946 wurden die zu den MWD-Truppen in Deutschland gehörenden Grenzregimenter in Schützenregimenter der Inneren Truppen umbenannt<sup>110</sup>, ihre bisherige Nummerierung blieb dabei erhalten.

1946 wurden in die UdSSR zurückgeführt und aufgelöst: im Juli das in Dresden stationierte 16. Regiment<sup>111</sup>, das in Güstrow stationierte 219. und das in Potsdam stationierte 331. Regiment; im Dezember das 127. Regiment<sup>112</sup> und das in Güstrow stationierte 87. Regiment.

Von Dezember 1946 an, nach Bestätigung der neuen Stellenpläne für den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland und dessen örtliche Organe, waren die Grenzregimenter zum Schutz der MGB-Objekte folgendermaßen verteilt:

38. Regiment (Leipzig)<sup>113</sup> – ausschließlich eingesetzt zur Bewachung der acht MWD-Sonderlager und zwei Gefängnisse;<sup>114</sup>

83. Regiment (Güstrow)<sup>115</sup> – für die Objekte des MGB-Operativsektors der Provinz Mecklenburg;

92. Regiment (Dresden)<sup>116</sup> – für die Objekte des MGB-Operativsektors des Landes Sachsen;

<sup>106</sup> Vgl. Dokument Nr. 45.

<sup>107</sup> Vgl. Dokument Nr. 46.

<sup>108</sup> RGWA 32925/1/110, Bl. 110.

<sup>109</sup> Ebenda, 297, Bl. 44.

<sup>110</sup> Auf der Grundlage des Befehls Nr. 0017 der Verwaltung für die Truppen des MWD in Deutschland vom 18. Mai 1946.

<sup>111</sup> Nach MWD-Befehl Nr. 00711 vom 24. Juli 1946.

<sup>112</sup> Nach MWD-Befehl Nr. 001070 vom 4. Dez. 1946. Im Sept. 1946 war das Regiment in die „besondere Reserve“ überführt worden und erfüllte den Auftrag Serows zur Auffindung deutscher Raketenspezialisten und ihrer Verbringung in die UdSSR.

<sup>113</sup> Im Dez. 1955 wurde das Regiment zum 199. selbständigen Schützenbataillon umgebildet und im Aug. 1956 zur Auflösung aus Leipzig in das Gebiet Lwow umgesetzt.

<sup>114</sup> Dabei ging es um folgende Sonderlager: Nr. 1 (Mühlberg), Nr. 2 (Buchenwald), Nr. 4 (Bautzen), Nr. 5 (Fürstenwalde), Nr. 6 (Jamlitz), Nr. 7 (Oranienburg), Nr. 8 (Torgau), Nr. 9 (Neubrandenburg) und der Gefängnisse Nr. 6 (Lichtenberg) und Nr. 7 (Torgau). Kurz davor war die Bewachung des in Berlin befindlichen Sonderlagers Nr. 3 (Weißensee) aufgehoben worden (RGWA 32925/1/140, Bl. 94-95).

<sup>115</sup> Im Feb. 1954 in die UdSSR zurückgeführt und aufgelöst.

<sup>116</sup> Im Sept. 1956 aus Deutschland abgezogen.

105. Regiment (Berlin)<sup>117</sup> – für die Objekte der MGB-Operativsektoren Berlins und der Provinz Brandenburg;

157. Regiment (Halle)<sup>118</sup> – für die MGB-Operativsektoren der Provinz Sachsen und des Landes Thüringen.<sup>119</sup>

Zum 25. Dezember 1946 betrug die Gesamtstärke der MWD-Truppen in Deutschland laut Stellenplan 6.688 Mann.<sup>120</sup>

In den folgenden Jahren wurden neue Einheiten der Inneren Truppen nach Deutschland verlegt, dabei blieb die zahlenmäßige Stärke der MWD-Truppen in Deutschland etwa auf dem gleichen Stand. Das hing damit zusammen, daß die Stellenpläne der Regimenter der Inneren Truppen auf Friedensstärke umgestellt und dabei fast um die Hälfte gekürzt wurden. Die neu herangeführten Regimenter übernahmen hauptsächlich die Bewachung der zahlreichen Objekte der SAG Wismut zur Förderung und Anreicherung von Uranerz. Nach Deutschland zu den MGB-Truppen wurden verlegt: im Februar 1948 – das 141. Schützenregiment (Schwarzenberg)<sup>121</sup>, im März 1949 – das 14. Schützenregiment (Chemnitz/Schneeberg)<sup>122</sup>, im Dezember 1949 – das 9. Schützenregiment (Chemnitz)<sup>123</sup>, im September 1950 – das 12. (Aue) und das 18. Schützenregiment (Johanngeorgenstadt).<sup>124</sup> Laut Stellenplan zählten die Inneren Truppen des MGB in Deutschland zum 10. Januar 1951 insgesamt 5.385 Mann.<sup>125</sup>

Das Führungszentrum war die Verwaltung der Truppen des NKWD/MGB in Deutschland. Mit NKWD-Befehl Nr. 00805 vom 9. Juli 1945 war die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD umbenannt worden. Am 23. Oktober 1945 wurde durch NKWD-Befehl Nr. 001257 ihr Stellenplan umgestaltet und sie erhielt die neue Bezeichnung Verwaltung der Inneren Truppen des NKWD – ab März 1946 des MWD – in Deutschland. Im Januar 1947 erfolgte die Unterstellung der Inneren Truppen unter das MGB. Mit MGB-Befehl Nr. 0041 vom 4. Februar 1949 wurde die Verwaltung für die MGB-Truppen in Deutschland umgestaltet. Am 2. September 1952 ordnete dann MGB-Befehl Nr. 00692 die Reduzierung der MGB-Truppen an. Bis zum Februar 1957 wurden die Einheiten der MWD-Truppen aus der DDR abgezogen und aufgelöst.

Die Analyse der Dokumente der NKWD-MGB-Truppen in Deutschland ermöglicht es, den Charakter ihrer Handlungen wie überhaupt die Ausrichtung der Repressionspolitik des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MGB in Deutschland zu begreifen. Zugleich wird deutlich, wie kompliziert und mitunter sogar konfliktreich die Beziehungen zwischen den verschiedenen Repressionsbehörden waren. Für die Kommandeure der Inneren Truppen waren die Chiefs der Operativen Sektoren bzw. Operativen Gruppen des NKWD die übergeordneten operativen Chiefs. Dieses Unterstellungsverhältnis und die Forderung nach strenger Einhaltung dieser Unterordnung wird in mehreren Weisungsdokumenten direkt ausgesprochen.<sup>126</sup> Dennoch entstanden in dieser Hinsicht immer wieder Mißverständnisse und Konflikte.<sup>127</sup> Das betraf insbesondere die Frage, wer das Recht hatte, Disziplinarstrafen zu verhängen. So hatte der Chef der NKWD-Operativ-

---

<sup>117</sup> Im Jan. 1957 aus Deutschland abgezogen und in die Grenztruppen eingegliedert.

<sup>118</sup> Im Aug. 1956 aus Deutschland abgezogen und aufgelöst.

<sup>119</sup> RGWA 32933/1/49, Bl. 550-552.

<sup>120</sup> Ebenda, Bl. 548.

<sup>121</sup> In Deutschland stationiert bis Apr. 1954.

<sup>122</sup> In Deutschland stationiert bis Apr. 1954, danach aufgelöst.

<sup>123</sup> In Deutschland stationiert bis Okt. 1952, danach aufgelöst.

<sup>124</sup> Beide Regimenter blieben bis Aug. 1956 in Deutschland und wurden dann aufgelöst.

<sup>125</sup> RGWA 32925/1/189, Bl. 37.

<sup>126</sup> Vgl. Dokumente Nr. 13 und Nr. 64.

<sup>127</sup> Vgl. Dokumente Nr. 151, Nr. 172, Nr. 198 und Nr. 219.

gruppe Nr. 19 in Berlin einem Sergeanten des 105. Regiments wegen der mangelhaften Durchsuchung einer Deutschen drei Tage Arrest gegeben. Der Kommandeur des 105. Regiments hielt seinen Sergeanten für unschuldig und sah zudem in diesem Vorgehen eine Verletzung seiner eigenen Rechte. Am 31. Juli 1945 wandte sich Alexejew in einem Schreiben an den Chef des Berliner Operativen Sektors, in dem er den Sergeanten in Schutz nahm und schrieb: „Außerdem teile ich mit, daß – einer Klarstellung des Chefs der NKWD-Truppen Generalmajor Simin zufolge – der Chef eines operativen Abschnitts Militärangehörigen des mir anvertrauten Regiments gegenüber keine disziplinarischen Rechte besitzt. Eine Bestrafung darf in diesem Fall nur mit meinem Wissen erfolgen.“<sup>128</sup> Nicht selten sind auch Klagen über den „nicht bestimmungsgemäßen“ Einsatz von Militärangehörigen der Truppen. Charakteristisch in diesem Sinne – und solche Dokumente sind nicht vereinzelt – ist die Beschwerde des Kommandeurs des 2. Bataillons an den Kommandeur des 331. Regiments vom 12. Juni 1946, daß sich der Chef des MWD-Operativsektors Filatow<sup>129</sup> den Rotarmisten Iwan Dmitrijewitsch Nesterow aus seinem Bataillon als Ordonnanz zu seiner persönlichen Verfügung halte<sup>130</sup>. Und während früher die Grenzsoldaten praktisch an allen Maßnahmen der NKWD-Operativgruppen beteiligt waren, von Razzien und Verhaftungen bis hin zu Erschießungen, wurde am 31. Dezember 1945 eine Direktive der Verwaltung der Truppen erlassen, mit der es den Grenzregimentern verboten wurde, Angehörige der Inneren Truppen zur Unterstützung der Tschekisten bei Erschießungen bereitzustellen.<sup>131</sup>

Nicht weniger intensiv war der Schriftwechsel zwischen den Kommandeuren von Einheiten der Inneren Truppen und den Chefs von Operativen Sektoren des NKWD-MWD zu Fragen der Standortverteilung und personellen Auffüllung der Einheiten.<sup>132</sup> Bemerkenswert ist hier ein bestimmter Interessenkonflikt. Die Einheiten der Inneren Truppen waren am rationellen Einsatz der Mannschaften interessiert und setzten sich dafür ein, daß ihre Einheiten möglichst in der Nähe der zu bewachenden Objekte stationiert wurden. Die Chefs der NKWD-Operativgruppen waren dagegen bestrebt, die Kreise möglichst flächendeckend mit ihrem Netz zu überziehen, und wollten über möglichst viele Untersuchungshaftzellen verfügen, auch wenn diese mitunter weit voneinander entfernt waren. Sehr bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Schriftwechsel des Kommandos des 87. Regiments, das im Oktober 1945 seine Wünsche in einem Zusatz zur Stationierungsliste formulierte: „Es wäre wünschenswert, wenn die in Ückermünde stationierte Operative Gruppe dichter am Gefängnis untergebracht werden könnte, denn das Gefängnis ist von der Arbeitsstelle der operativen Mitarbeiter 600 Meter entfernt und Gefangene, die zum Verhör gebracht werden, müssen eine Straße entlang geführt werden, an der Einwohner des Ortes wohnen.“<sup>133</sup> Nach Ansicht des Regimentskommandos hätte damit ein Kommando Begleitposten eingespart werden können. In diesem Zusammenhang wird auch etwas über die Grundsätze gesagt, nach denen die Mannschaften für die Bewachung eingeteilt wurden: Der Operativen Gruppe

<sup>128</sup> RGWA 32933/1/48, Bl. 22. – Simin, Pawel Michailowitsch (1904–1973), Generalmajor; Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. Juli 1945–Mai 1946 Chef der Verwaltung der Truppen des NKWD/MWD in Deutschland.

<sup>129</sup> Filatow, Stepan Iwanowitsch (1901–1980), Generalmajor; ab 1940 im Zentralapparat des NKWD, 1941–44 Volkskommissar für Inneres/für Staatssicherheit der Kabardino-Balkarischen ASSR, 1945–46 stellvertretender Gebietsleiter für Staatssicherheit. März 1946–März 1950 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB der Provinz/des Landes Brandenburg. 1950–51 Oberberater des MGB beim bulgarischen Innenministerium, ab 1951 stellvertretender MGB der Udmurtischen ASSR, 1953 Gebietsleiter der MWD-Verwaltung in Kasan, Juli 1954 pensioniert. Im Juni 1956 Parteiausschluß „wegen Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“, im Aug. 1971 Parteiwiederaufnahme.

<sup>130</sup> RGWA 38816/1/47, Bl. 154.

<sup>131</sup> Vgl. Dokument Nr. 114.

<sup>132</sup> Vgl. Dokumente Nr. 25, Nr. 26, Nr. 33, Nr. 34 und Nr. 35.

<sup>133</sup> RGWA 32923/1/44, Bl. 7 Rs.

eines Kreises stand eine Sicherungseinheit von 26 bis 30 Mann zur Verfügung, für den Operativbevollmächtigten des NKWD in einer Stadt wurden zwei bis vier oder vier bis fünf Mann bereitgestellt<sup>134</sup>.

Mitunter versuchten die Regimentskommandeure Einfluß zu nehmen auf die Entscheidung über den Standort der Operativen Gruppen. So informierte am 31. März 1946 der Kommandeur des 331. Grenzregiments Oberstleutnant Smirnow den Chef des MWD-Operativsektors für die Provinz Brandenburg Filatow darüber, daß der Chef der MWD-Operativgruppe für den Kreis Teltow Major Terpigorjew dem Kommandeur des 3. Bataillons des 331. Regiments die schriftliche Anweisung erteilt hatte, zur Bewachung der Operativen Gruppe einen zusätzlichen Posten abzustellen. Wie Smirnow schreibt, habe er sich zur Prüfung der Zweckmäßigkeit persönlich zum Stationierungsort der Operativen Gruppe nach Mahlow begeben. Dabei habe er festgestellt, daß „das Gebäude, in dem die Operative Gruppe untergebracht ist, nicht den festgelegten Anforderungen entspricht“. Smirnow bat darum, „dem Chef der Operativen Gruppe in Mahlow die Verfügung zu erteilen, die Operative Gruppe in ein anderes, besser geeignetes Gebäude umzusetzen“<sup>135</sup>.

Oft stießen Versuche der Regimentskommandeure, das Schema der Bewachung der Operativen Gruppen selbständig zu verändern, auf heftige Ablehnung. Der Kommandeur des 105. Regiments Grabowski, der erst wenige Tage zuvor seinen Posten eingenommen hatte, erließ am 24. Juli 1946 Befehl Nr. 028 zur Organisation der Bewachung der Operativen Gruppen in Berlin und Potsdam<sup>136</sup>. Wie Grabowski später erklärte, ließ er sich von den allgemeinen Anweisungen des Chefs der Truppen Kusnezow sowie von der „persönlichen Anweisung“ des Stabschefs der Truppen Wolkow leiten, doch er hatte sich dabei überhaupt nicht mit dem Chef des MWD-Operativsektors Sidnew<sup>137</sup> beraten, dessen Objekte bewacht werden sollten<sup>138</sup>. Ein an den Operativen Sektor gesandtes Exemplar des Befehls schickte Sidnew an Grabowski mit der zornigen Verfügung zurück: „Gen. Grabowski. 1. verändern Sie den Befehl; 2. Gen. Serow erteilte die Anweisung, den Gruppen in den Stadtbezirken einen Zug zur Verfügung zu stellen; 3. erteilen Sie ohne Absprache mit mir nicht solche Befehle. Sidnew 30. Juli 1946“<sup>139</sup>.

Die Situation normalisierte sich erst, nachdem die MWD-Truppen in das System des MGB eingegliedert worden waren. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die operative, auf Agenten gestützte Arbeit, die der Apparat des Bevollmächtigten durchführte, an das MGB übergeben. In diesem Zusammenhang entstand die „Instruktion über den Dienst der Garnisonen der Inneren Truppen des MGB, die in Deutschland stationiert sind“, die vom Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Kowaltschuk am 27. Juli 1947 bestätigt und danach allen MGB-Operativsektoren und den Einheiten der Truppen zugeschickt wurde<sup>140</sup>. Ein Jahr später wurde sie allerdings schon wieder durch die Direktive des Stabs der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Nr. Sch/1-02539 vom 22./25. Oktober 1948 aufgehoben und durch die „Instruktion zum Dienst von Garnisonen, die Objekte bewachen“ ersetzt<sup>141</sup>.

---

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> RGWA 38816/1/44, Bl. 206.

<sup>136</sup> RGWA 32933/1/54, Bl. 216.

<sup>137</sup> Sidnew, Alexei Matwejewitsch (1907–1958), Generalmajor; 1945–47 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB im sowjetischen Sektor von Berlin. Ab Dez. 1947 MGB der Tatarischen ASSR, im Jan. 1948 unter dem Vorwurf des Amtsmißbrauchs verhaftet. Nach früher veröffentlichten sowjetischen Dokumenten als „Marodeur“ zum Tode verurteilt und hingerichtet, tatsächlich jedoch am 6. Okt. 1951 durch die „Sonderberatung des MGB“ zur psychiatrischen Zwangsbehandlung verurteilt und 1953 entlassen.

<sup>138</sup> RGWA 32933/1/54, Bl. 229.

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Ebenda, 55, Bl. 246–247.

<sup>141</sup> Ebenda, 62, Bl. 504.

Die Verfügungen der Führung der Inneren Truppen in Deutschland zur Übernahme bzw. Beendigung der Bewachung von Objekten lassen Schlüsse darüber zu, wo sich die Objekte befanden und wer von den Chefs aus dem System des MGB sich zu welcher Zeit in Deutschland aufhielt. So sollte beispielsweise Kowaltschuk als Bevollmächtigter des MGB in Deutschland Serow im Amt ablösen. Nach einer Meldung des Kommandeurs des 3. Bataillons an den Kommandeur des 105. Regiments vom 11. Oktober 1946 war auf Befehl des Chefs des Zentralen Operativen Sektors für Berlin Generalmajor Sidnew am Eingang Nr. 57 ein in drei Schichten besetzter Posten „für die Bewachung des stellvertretenden Ministers des NKGB“<sup>142</sup> aufgestellt worden. Oder ein anderes Beispiel: Vom 29. Juli 1947 an wurden Militärangehörige des 105. Regiments zum 24-Stunden-Dienst am Telefonapparat für die Hochfrequenzleitung im Arbeitszimmer des stellvertretenden MGB-Bevollmächtigten in Deutschland Generalmajor Sarelua<sup>143</sup> eingeteilt (Adresse: Karlshorst, 2. Linie Haus 41)<sup>144</sup>. Sareluas Haus in Karlshorst wurde auch nach seiner Abreise noch bewacht, mindestens bis zum November 1948 befand es sich noch unter Bewachung durch das 2. Bataillon des 105. Regiments<sup>145</sup>. Und vom 11. Dezember 1948 an wurde für die Wohnung des stellvertretenden MGB-Bevollmächtigten in Deutschland Tschaikowski<sup>146</sup> nach einer Verfügung des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ein Postendienst rund um die Uhr eingerichtet<sup>147</sup>.

Allerdings entstanden auch hier Konflikte, welche die Folge von Serows heimlichem Kampf gegen die Vertreter des MGB waren. So gab es im Juli 1946 einen Schriftwechsel zur Aufhebung der Bewachung für den Vertreter der Auslandsaufklärung des MGB General L. A. Malinin<sup>148</sup>, der als Stellvertreter des Politischen Beraters beim Obersten Chef der SMAD geführt wurde. Wie sich herausstellte, war auf Serows Anweisung die von den Truppen des NKWD bereitgestellte Bewachung aufgehoben worden, weil dieser Einsatz „nicht deren direkter Bestimmung“<sup>149</sup> entsprach. Malinin protestierte und schrieb darüber sogar eine Beschwerde an Kruglow<sup>149</sup>.

Anhand der Verfügungen über die Bewachung von Objekten läßt sich auch der Zeitpunkt feststellen, an dem neue Gefängnisse eröffnet oder vorhandene geschlossen bzw. deren Standorte verändert wurden. Beispielsweise ist aus Meldungen ersichtlich, daß der stellvertretende Chef der Verwaltung Inneres der SMAD Lapenkow<sup>150</sup> im September 1946 damit befaßt war, am Standort Treptower Allee<sup>151</sup> 49 Untersuchungshaftzellen einrichten zu lassen, die der Verwaltung unterstanden. Am 26. September 1946 übernahm das 105. Regiment die Bewachung dieses Objekts<sup>152</sup>. Vom 30. März 1947 an wurden allerdings auf Befehl des Befehlshabers der Inneren Truppen Burmak<sup>153</sup> Objekte der Verwaltung Inneres der SMAD nicht mehr von den Inneren

<sup>142</sup> Ebenda, 56, Bl. 309.

<sup>143</sup> Sarelua, Wladimir Jekwtimowitsch (1903–1979), Generalmajor; 1946–47 Vertreter der Ersten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR in Berlin, 1947–48 stellvertretender MGB-Bevollmächtigter in Deutschland.

<sup>144</sup> RGWA 55, Bl. 198. – Vermutlich handelt es sich um eine konspirative Adressenangabe, da sich im Haus Nr. 41 nach „deutschen Angaben“ das Transformatorenhaus befand.

<sup>145</sup> RGWA 65, Bl. 57.

<sup>146</sup> Tschaikowski, Pjotr Mitrofanowitsch (1902–1985), Oberst; 1947–52 stellvertretender MGB-Bevollmächtigter in Deutschland.

<sup>147</sup> RGWA 65, Bl. 93.

<sup>148</sup> Malinin, Leonid Andrejewitsch (Deckname: General Georgiew) (1907–1982), Generalmajor; als Mitarbeiter der Aufklärungsverwaltung des NKWD 1946–48 stellvertretender Politischer Berater der SMAD für Sonderfragen, zugleich Leiter der sowjetischen Auslandsaufklärung in Deutschland. 1948 Mitarbeiter des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR, danach beim Eisenbahnschutz tätig.

<sup>149</sup> RGWA 54, Bl. 202-205.

<sup>150</sup> Lapenkow, Nikolai Jefimowitsch (1907–1986); Oberstleutnant/Oberst; 1945–47 Stellvertreter des Chefs der Verwaltung Inneres der SMAD.

<sup>151</sup> Seit 1949 Puschkinallee (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>152</sup> RGWA 32933/1/49, Bl. 476.

<sup>153</sup> Burmak, Pjotr Wassiljewitsch (1901–1973), Generalleutnant; Befehlshaber der Inneren Truppen der MWD/MGB der UdSSR.

Truppen bewacht<sup>154</sup>. Es gibt auch Informationen über andere Haftorte: Das Gefängnis in Pan-kow wurde geschlossen, die Gefangenen wurden in das Lichtenberger Gefängnis überstellt. Die Bewachung dieses Objekts, für die das 38. Schützenregiment zuständig war<sup>155</sup>, wurde am 1. Juli 1947 aufgehoben. Am 27. Dezember 1947 teilte der Kommandeur des 105. Schützenregiments Alexejew dem Chef der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Kusnezow<sup>156</sup> mit, daß der Berliner MGB-Operativsektor bei der Operativen Gruppe des Stadtbezirks Prenzlauer Berg „für ein bis anderthalb Monate eine provisorische Filiale des Untersuchungsgefängnisses eingerichtet hat“, die Untersuchungsgefangenen würden im Kellergeschoß des Gebäudes in entsprechend eingerichteten Zellen untergebracht; auf Befehl Kowaltschuks werde eine Wach-Garnison von 15 Mann bereitgestellt<sup>157</sup>. Am 1. Februar 1949 bestand diese Filiale des Gefängnisses des Operativen Sektors allerdings immer noch<sup>158</sup>.

### III. Operative Arbeit mit Agenten und Repressionspolitik

Seit dem Einmarsch der Roten Armee versetzten die von den Apparaten der NKWD-Frontbevollmächtigten durchgeführten Operationen – Razzien, Durchkämpfungsaktionen, die massenhafte Aushebung der erwachsenen deutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit in der UdSSR – durch ihre Unabwendbarkeit und ihre Ausmaße die Deutschen in Angst und Schrecken, lähmten ihren Willen zum Widerstand. Im Februar 1945 heißt es in einer Meldung der Politischen Abteilung des 16. Grenzregiments, daß sich die deutsche Bevölkerung, „in Furcht versetzt durch die deutsche Propaganda“, den einrückenden Truppen gegenüber beflissen verhält, „mit Angst erwarten sie ihr Schicksal, daß sie von den anwesenden NKWD-Truppen ausnahmslos vernichtet würden“<sup>159</sup>. „Bei der Durchsuchung eines Gebäudes mit 60 Wohnungen in Gleiwitz durch eine bewegliche Gruppe schlief keiner der Hausbewohner, obwohl es schon spät war, alle saßen angezogen in ihren Wohnungen.“<sup>160</sup>

Das Fehlen von speziell für die Arbeit in Deutschland ausgebildeten Mitarbeitern in den Operativen Gruppen und in den Truppen des NKWD erwies sich bald als schwerwiegendes Problem. In einem Bericht der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front für Januar 1945 heißt es dazu: „Die Unkenntnis der deutschen Sprache, des Schrifttums und der Dokumente verlangt bereits jetzt dringend die Ausgabe irgendwelcher einheitlicher Dokumente für die Zivilbevölkerung der deutschen Gebiete, die von der Roten Armee eingenommen wurden, damit die uns feindlich gesonnenen Elemente mit Erfolg ermittelt und festgesetzt werden können.“<sup>161</sup>

Dessen ungeachtet entfaltete man die repressive Tätigkeit. In einem Bericht vom 26. Mai 1945 an den Kommandeur des 157. Grenzregiments Oberstleutnant Mokryschew beschreibt der Kommandeur des 2. Bataillons des Regiments Major Rogatschew den Dienst der Unterabteilung Aufklärung des Bataillons „unter den neuen Bedingungen“: „Das operative Personal der Aufklärer arbeitet intensiv an der Ermittlung und Festnahme der feindlichen Elemente, dazu werden Infor-

---

<sup>154</sup> RGWA 32933/1/55, Bl. 79.

<sup>155</sup> Ebenda, 60.

<sup>156</sup> Kusnezow, Jow Sergejewitsch (1896–1951), Generalmajor; Mai 1946–Aug. 1949 Chef der MWD-/MGB-Truppen in Deutschland.

<sup>157</sup> RGWA 32933/1/61, Bl. 205.

<sup>158</sup> Ebenda, 66, Bl. 27–34.

<sup>159</sup> Ebenda, 32888/1/110, Bl. 18.

<sup>160</sup> Ebenda.

<sup>161</sup> Ebenda, 32891/1/125, Bl. 6.

manten und Ermittlungsagenten aus der deutschen Bevölkerung und aus anderen Nationen genutzt. Ein Mangel in der Arbeit der Unterabteilung Aufklärung besteht darin, daß nicht alle ihre Mitarbeiter bereits über die erforderliche Zahl von Agenten zur Ermittlung wie zur Identifizierung verfügen.“ Ein weiterer Mangel sei „die ungenügende Arbeit der Unterabteilung Aufklärung mit dem Ermittlungsaktiv hinsichtlich seiner Erziehung (Tschekistisierung).“<sup>162</sup>

Die erhöhte Aufmerksamkeit für die Arbeit mit Agenten spiegelt sich auch in den Berichten der NKWD-Operativgruppen wider. Diese vermerkten in einer speziellen Rubrik, wie viele Deutsche nach Angaben von Agenten verhaftet wurden. So wird im Bericht der NKWD-Operativgruppe der Stadt Jessen für Oktober 1945 festgehalten, daß die Operative Gruppe „nach Hinweisen von Agenten“ 16 Personen verhaftete, nach „sonstigen Angaben der Aufklärung“ 19 Personen<sup>163</sup>. Im gleichen Bericht gibt der Chef der Operativen Gruppe an: „Im Berichtsmonat unternahm die Operative Gruppe große Anstrengungen zur Werbung von Agenten auf allen Arbeitsfeldern sowie zum Aufbau eines weitverzweigten Netzes in den Dörfern.“<sup>164</sup> Die Geschäftsführung in den Operativen Gruppen der Kreise war derjenigen analog, wie sie in den territorialen Untergliederungen der Staatssicherheit in der UdSSR praktiziert wurde, sie zeichnete sich freilich durch eine gewisse Kompaktheit aus. Es wurden Journale geführt, in die Informationen über die Agenten und ihre Angaben eingetragen wurden, außerdem vermerkte man die Personen, die einer operativen Bearbeitung unterzogen wurden. Das ist dem Protokoll einer Geschäftsübergabe in der NKWD-Operativgruppe von Jessen zu entnehmen.<sup>165</sup>

Auf dem besetzten deutschen Gebiet wurden großangelegte Razzien durchgeführt.<sup>166</sup> In der Zeit vom 19. bis 21. Mai 1945 unternahmen in Dresden Kräfte der 58. Schützendivision der Inneren Truppen eine „Säuberung der Stadt“, bei der 31.503 Personen „unterschiedlichen Kontingents“<sup>167</sup> festgenommen wurden. Die Entscheidung über die Durchführung solcher Operationen und die Einbeziehung der Truppen trafen in jedem Fall die „höheren operativen Chefs“ – die Frontbevollmächtigten des NKWD oder Führungskräfte der Spionageabwehr „Smersch“. Den Plan für die „Säuberung“ des Kreises Insterburg in Ostpreußen bestätigte beispielsweise am 3. März 1945 der Gehilfe des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ Generalmajor Bolotin<sup>168</sup>, und den Plan für die Durchführung von „operativen Maßnahmen unter Einsatz von Truppen“ im Kreis Insterburg bestätigte der Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 3. Belorussischen Front Selenin<sup>169</sup>.

Die Operativen Sektoren des NKWD-MWD für die Provinzen und Länder (von November 1946 an Sektoren des MGB) und ihre lokalen Organe, die Operativen Gruppen der Bezirke, Städte und Kreise, erfüllten in der SBZ die Funktionen einer politischen Polizei, zugleich führten und lenkten sie in operativer Hinsicht die deutsche Kriminalpolizei. Darüber hinaus zog man deutsche Polizeikräfte heran, wenn es um die Erfüllung der eigenen Aufgaben ging und deutsche Staatsbürger zu verhaften waren. Nach Aufzeichnungen des Polizeichefs von Sachsen-Anhalt

<sup>162</sup> So im Text des Dokuments. In: RGWA 32926/1/61, Bl. 294.

<sup>163</sup> Ebenda, 32883ju/1/79, Bl. 82.

<sup>164</sup> Ebenda, Bl. 81 Rs.

<sup>165</sup> Vgl. Dokument Nr. 112.

<sup>166</sup> Vgl. Dokumente Nr. 45, Nr. 46, Nr. 98, Nr. 109, Nr. 110 und Nr. 111.

<sup>167</sup> RGWA 32891/1/125.

<sup>168</sup> Ebenda, 38816/1/37, Bl. 189. – Bolotin, Grigori Samoilowitsch (1896–1990), Generalmajor; 1943–46 Gehilfe des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“, 1955 degradiert.

<sup>169</sup> RGWA 38816/1/37, Bl. 240–243. – Selenin, Pawel Wassiljewitsch (1902–1965), Generalleutnant; 1944–45 Chef der Verwaltung Spionageabwehr der 3. Ukrainischen Front, 1945–47 Chef der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD. 1948 aus gesundheitlichen Gründen in die Reserve versetzt, im Okt. 1951 inhaftiert wegen angeblicher Zersetzungstätigkeit innerhalb des MGB und 1952 zu Zwangsheilung mit Isolation verurteilt. 1954 wurde das Verfahren zwar eingestellt, doch im Dez. 1954 wurde ihm der Rang des Generalleutnants aberkannt.

waren 1946 von der deutschen Polizei in der Provinz 10.179 Personen „für die Verwaltung der SMA“ bzw. – wie es unter Deutschen hieß – „für den russischen NKWD“ verhaftet worden<sup>170</sup>.

Einen hohen Stellenwert in der Tätigkeit des NKWD-MGB-Apparats in Deutschland hatte der Kampf gegen „Spione“. Als Spionage wurde dabei schon jeder Versuch von Deutschen qualifiziert, Informationen über die Tätigkeit der sowjetischen Staatssicherheit in Deutschland zu sammeln. In der operativen Sammelmeldung Nr. 001 des 2. Bataillons des 105. Regiments für Januar 1949 ist beispielsweise zu lesen: „Nach Angaben des Chefs der Kreisabteilung des MGB für Friedrichshagen beobachten Geheimdienste ausländischer Staaten intensiv die Arbeit der MGB-Abteilungen. Sie erteilen ihren Agenten den Auftrag, die quantitative und qualitative Zusammensetzung des Personals der MGB-Abteilungen herauszufinden, ebenso das persönliche Verhalten der Mitarbeiter in der Arbeit und im Alltag, wann und wie sie zur Arbeit gehen, wie sie sich in der Freizeit bewegen. Zur Aufklärung nutzen sie Beobachter aus der ortsansässigen deutschen Bevölkerung und werben Reinemachefrauen an, die in den Abteilungen oder in den Wohnungen von operativen Mitarbeitern arbeiten.“<sup>171</sup>

Von der Führung des MGB in Deutschland wurden wahrhaft titanische Anstrengungen unternommen, um die eigene Tätigkeit zu tarnen, die Mitarbeiter streng zu isolieren und die Kontakte zur deutschen Bevölkerung auf ein Minimum zu beschränken.<sup>172</sup> Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Direktive der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland vom 7. Juli 1951, die den Mitarbeitern verbot, sich bei privaten deutschen Fotografen ablichten zu lassen<sup>173</sup>. Wer solche Verbote verletzte, wurde streng bestraft.<sup>174</sup>

Die Tätigkeitsfelder des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland und der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD waren wie folgt voneinander abgegrenzt: Die Abwehrverwaltung des MGB konzentrierte sich als militärische Spionageabwehr völlig auf die in der SBZ stationierten Truppenteile. In den Tätigkeitsbereich der militärischen Abwehr fielen die Militärangehörigen, ihre Familien, die Bewohner militärischer Siedlungen und nur jene Deutschen, die Kontakte zu diesem Personenkreis hatten. Der Apparat des MGB-Bevollmächtigten dagegen spielte in der gesamten Ostzone die Rolle der politischen Geheimpolizei, deren Tätigkeit sich auf die gesamte deutsche Bevölkerung und alle sowjetischen Staatsbürger richtete, mit Ausnahme der Militärangehörigen, mit denen sich wie gesagt die militärische Abwehr befaßte. Eine weitere sehr wichtige Aufgabe des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland war (vor allem ab Anfang der fünfziger Jahre) die nachrichtendienstliche Aufklärung in Westdeutschland und den Nachbarstaaten.

Die von den Untersuchungsorganen des Apparats des MGB-Bevollmächtigten bearbeiteten Verfahren verlangten eine Verhandlung vor Ort, vor einem ordentlichen Tribunal. Zunächst waren alle abgeschlossenen Untersuchungsverfahren zur Verhandlung an Militärtribunale von Armeeverbänden übergeben worden, die in Deutschland stationiert waren. Später wurde durch die geheime Verfügung des Ministerrats der UdSSR Nr. 10659rs vom 5. September 1946 ein Militärtribunal bei der SMAD mit einem Stellenplan von 19 Personen eingesetzt<sup>175</sup>.

---

<sup>170</sup> GARF 8131/37/3418, Bl. 7.

<sup>171</sup> RGWA 32933/1/66, Bl. 10.

<sup>172</sup> Vgl. Dokumente Nr. 217 und Nr. 227.

<sup>173</sup> Ebenda, 68, Bl. 143. – Bereits am 16. März 1948 wurde Militärangehörigen und sowjetischen Zivilisten in der SBZ verboten, Tagebuch zu führen, sich mit Pornographie abzugeben oder sich mit deutschen Frauen fotografieren zu lassen, weil derlei Gefahren für den Familienfrieden in der Sowjetunion mit sich bringe. Als Bestrafung wurde bei Zuwiderhandlung paradoxerweise die Abkommandierung in die Heimat angedroht. In: GARF 7103/1/56, Bl. 56.

<sup>174</sup> Vgl. Dokumente Nr. 235 und Nr. 237.

<sup>175</sup> ZA FSB 4-os/4/46. Mit diesem Beschluß erhielt das bereits seit Juni 1945 bestehende Militärtribunal der GSBSD einen formellen Status.

Die Härte, mit der die sowjetische Staatssicherheit bei ihren Repressionen gegen die deutsche Bevölkerung vorging, stand im Widerspruch zu den von der SED-Führung um Ulbricht<sup>176</sup> und Pieck<sup>177</sup> proklamierten Grundsätzen. Viele Fälle, in denen Mitarbeiter des Apparats des MGB-Bevollmächtigten offene Plünderungen, Unterschlagungen oder politische Morde begingen, drangen in die Öffentlichkeit. Die Moskauer Führung war gezwungen zu reagieren. Um den Schein zu wahren, wurden zahlreiche Mitarbeiter bestraft, wenngleich nicht allzu hart. Daß festgenommene bzw. verhaftete Deutsche während eines Verhörs oder aus Gründen der Provokation zu Tode kamen, untergrub den Glauben der Bevölkerung an die vorgetäuschte „Humanität“ der Besatzungsmacht. Dabei waren solche Arbeitsmethoden unvermeidlicher Bestandteil der Tätigkeit des MGB, sie wurden in der UdSSR umfassend praktiziert. Darauf zu verzichten wäre für die Tschekisten ganz undenkbar gewesen. In Fällen, in denen solche Methoden des MGB nach außen gedrungen waren, mußte man natürlich Maßnahmen ergreifen. Als zum Beispiel im Februar 1947 der Verdacht aufkam<sup>178</sup>, daß eine Deutsche auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht umgebracht worden war, wurden Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB in Sachsen-Anhalt bestraft. Der Chef des Operativen Sektors Martirossow wurde von seinem Posten entfernt und in die UdSSR zurückgeschickt. Allerdings waren die Strafen für sadistische Untersuchungsführer in der Regel nicht allzu streng. So wurden Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg, zwei alte Untersuchungsrichter, bei deren Verhör ein deutscher Untersuchungshäftling starb, nur zu drei Jahren Haft verurteilt.

Nach den zahlreichen Verhaftungen, die 1945 in der SBZ vorgenommen wurden, brachte die Folgezeit keine Milderung der Strafpolitik. Zwar gab es 1946 und 1947 weniger Verhaftungen durch den Apparat des MGB-Bevollmächtigten als 1945, doch ihre Anzahl blieb noch recht hoch. Am 28. Februar 1948 informierte Abakumow Molotow<sup>179</sup> darüber, daß 1947 auf dem Territorium der Sowjetischen Zone insgesamt 4.308 „feindliche Elemente“ aus der deutschen Bevölkerung verhaftet wurden<sup>180</sup>.

Von Zeit zu Zeit starteten die sowjetischen Tschekisten großangelegte Operationen, die sich auf die gesamte Besatzungszone erstreckten und bei denen alle verdächtigen Personen aufgegriffen werden sollten.<sup>181</sup> Eine solche Operation wurde beispielsweise im April 1948 durchgeführt. Über diese umfassenden Säuberungen und Razzien in der SBZ informierte Abakumow Stalin, Molotow und Kusnezow<sup>182</sup> in seinem Schreiben Nr. 4144/A vom 22. Mai 1948, in dem er Kowaltschuks Angaben über die vom 27. bis 30. April 1948 durchgeführte „Operation zur Festnahme von Spionen und verdächtigen Elementen“ wiedergab. Dabei hatte man Ortschaften, Bahnhöfe, Häfen, Gaststätten, Hotels, Spelunken u.a. systematisch durchkämmt. Festgenommen wurden 19.717 Personen, darunter 120 Mitarbeiter der SMAD, doch der weitaus größte Teil der Festgenommenen waren Deutsche oder Staatsbürger anderer Staaten (17.699). Die „Filtration“ der Festgenommenen brachte folgendes Ergebnis:

<sup>176</sup> Ulbricht, Walter (1893–1973), 1946–50 stellvertretender Vorsitzender der SED, 1949/50–71 Mitglied des Politbüros des Parteivorstandes bzw. des ZK, Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der SED, 1949–60 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

<sup>177</sup> Pieck, Wilhelm (1876–1960), 1945–46 Vorsitzender der KPD, 1946–49 Mitvorsitzender der SED, 1949–60 Staatspräsident der DDR.

<sup>178</sup> Vgl. Dokument Nr. 135.

<sup>179</sup> Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1890–1986), 1939–49 und 1953–56 Volkskommissar/Minister des Äußeren der UdSSR, 1953–57 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

<sup>180</sup> ZA FSB 4-os/6/26, Bl. 129–150.

<sup>181</sup> Ab Jan. 1947 sollten solche Aktionen alle zwei Monate durchgeführt werden und die entsprechenden Befehle auf regionaler Ebene erlassen werden.

<sup>182</sup> Kusnezow, Alexei Alexandrowitsch (1905–1950), ab 1939 Mitglied des ZK, Apr. 1946–Juni 1948 Leiter der ZK-Kaderverwaltung und bis Jan. 1949 Sekretär des ZK der WKP(B), Mitglied des Organisationsbüros des ZK, 1949 verhaftet, 1950 hingerichtet, 1954 rehabilitiert.

Verhaftungen – 18,  
Übergabe an die Verwaltung Spionageabwehr des MGB – 76,  
Übergabe an die Staatsanwaltschaft – 1,  
Abschiebung in die UdSSR – 3,  
Übergabe an die deutsche Polizei – 761,  
Freigelassen – 18.104.

Die übrigen 295 Personen befanden sich noch, wie es in der Mitteilung hieß, in der Phase der Überprüfung<sup>183</sup>.

Der Apparat der sowjetischen Staatssicherheit in Deutschland unterstand nicht der SMAD, sondern direkt dem Ministerium für Staatssicherheit und Minister Abakumow in Moskau. Dabei spielte der Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland eine höchst wichtige Rolle innerhalb der SBZ. Das ist allein schon daraus zu entnehmen, daß von den 348 Führungskräften der SMAD, die am 24. Juni 1948 Orden verliehen bekamen, mindestens 40 der Ausgezeichneten (d. i. 11,5 Prozent) aus dem Apparat der MGB-Bevollmächtigten in Deutschland oder aus den Operativen Sektoren des MGB der Länder kamen<sup>184</sup>.

Eine sehr große Rolle spielte der Apparat des MGB-Bevollmächtigten bei der verdeckten Kontrolle der politischen Parteien und überhaupt der politischen Situation in der SBZ.<sup>185</sup> Die rücksichtslose Einmischung der sowjetischen Staatssicherheit in die Angelegenheiten der regierenden SED stieß mitunter sogar bei den Mitarbeitern der SMAD auf Protest.<sup>186</sup> Aufmerksam verfolgten die sowjetischen Tschekisten den „Parteiaufbau“ in den „bürgerlichen“ Blockparteien und lenkten diese in die gewünschte Richtung. Notfalls durchkreuzten sie auch die „schädlichen“ Versuche dieser Parteien, ihren Einfluß zu verstärken. Beispiele für Aktivitäten dieser Art gibt es nicht wenige. So wird in einer operativen Sammelmeldung für Juli 1947 festgestellt, die Abteilungen des MGB-Operativsektors für das Land Sachsen hätten Maßnahmen ergriffen „zur Aufdeckung der praktischen Aktivitäten, die von der LDP-Führung der SBZ unternommen wurden, um eine eigene selbständige Jugendorganisation aufzubauen“<sup>187</sup>. Mit nicht nachlassender Aufmerksamkeit bedachte die sowjetische Staatssicherheit auch die führenden Funktionäre der SED. Über ihre Beziehungen untereinander, die Vorgänge hinter den Kulissen, die Sitten und Gebräuche unter ihnen – über all das wurde Stalin regelmäßig vom Minister für Staatssicherheit der UdSSR informiert. Beispielsweise richtete Abakumow am 16. April 1949 an den Kreml die Mitteilung Nr. 5302/A „über das Verhalten des Vorsitzenden des Parteivorstands der SED Grotewohl im persönlichen Leben“<sup>188</sup>.

#### IV. Rechtsbefugnisse sowjetischer Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR

Mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 ging in Deutschland „die oberste Regierungsgewalt [...], einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“

---

<sup>183</sup> ZA FSB 4-os/6/9, Bl. 123-134.

<sup>184</sup> Wedomosti Werchnowo Soweta SSSR vom 2. Juli 1948.

<sup>185</sup> Vgl. Dokumente Nr. 155, Nr. 156, Nr. 157, Nr. 161 und Nr. 163.

<sup>186</sup> Vgl. Dokument Nr. 150.

<sup>187</sup> RGWA 32883/1/95, Bl. 107.

<sup>188</sup> RGANI. Kartei der in das ZK der WKP(B) eingehenden Korrespondenz. – Grotewohl, Otto (1894–1964), 1945–46 geschäftsführender Vorstand der SPD, 1946–54 Mitvorsitzender der SED, 1949–64 Mitglied im Politbüro des ZK der SED, 1949–64 Ministerpräsident/Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

auf die Regierungen der „Vier Mächte“ über<sup>189</sup>. Artikel 2 dieser Deklaration legte im Absatz e) ausdrücklich fest, daß zivile Polizeieinrichtungen von den Alliierten Vertretern bestimmt werden.

Nach der „Feststellung“ der Regierungen Großbritanniens, der USA und der UdSSR sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 übten die militärischen Oberbefehlshaber die oberste Gewalt jeder „in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ aus.

Zur Verwaltung der SBZ entstand am 9. Juni 1945 eine „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD). Nach der Bildung der DDR übertrug die SMAD mit der Erklärung vom 10. Oktober 1949 die von ihr bis dahin ausgeübten Verwaltungsfunktionen der Provisorischen Regierung der DDR. Zur „Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen Deutschland betreffenden gemeinsamen Viermächtebeschlüsse“ durch die DDR-Regierung wurde am 11. Oktober 1949 in Berlin eine „Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) geschaffen<sup>190</sup>, deren Aufgaben 1953 die „Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland“ übernahm. Mit der Erklärung der Regierung der UdSSR vom 25. März 1954 wurde der DDR unter dem Vorbehalt der Wahrnehmung der Vier-Mächte-Verpflichtungen die Souveränität<sup>191</sup> gewährt und die Kontrolle durch die Hohe Kommission beendet. Formell löste ein Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom August 1954 die Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland auf und stellte fest, daß Befehle der SMAD und SKK und auch „die in den Jahren 1945 bis 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der Vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und andere Verordnungen auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit verlieren“.<sup>192</sup> Nach Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland durch Erklärung der sowjetischen Regierung vom 25. Januar 1955<sup>193</sup> erfolgte nach dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt am 14. Mai 1955<sup>194</sup> im Vertrag vom 20. September 1955<sup>195</sup> sowie im sogenannten Stationierungsabkommen vom 12. März 1957<sup>196</sup> eine umfassende völkerrechtliche Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.

Die allgemeinen politischen Proklamationen der vier Besatzungsmächte wurden durch die Gesetzgebung des Kontrollrats konkretisiert. Fragen der inneren Sicherheit und der Strafvollmachten der Besatzungsmächte regelte das Kontrollrats-Gesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 über die „Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens“. Im Artikel 3 entzog es deutschen Gerichten die Rechtshoheit bei Verfolgung „strafbare[r] Handlungen, die sich gegen die alliierten Besat-

<sup>189</sup> Berliner Erklärung der Vier Alliierten vom 5. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 43-51.

<sup>190</sup> Erklärung des Obersten Chefs der SMAD, Armeegeneral Tschuikow vom 10. Okt. 1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. I, Berlin (Ost) 1954, S. 229-231, hier S. 231. In den wesentlichen Punkten entspricht dem auch die Erklärung des Vorsitzenden der SKK in Deutschland Tschuikow vom 11. Nov. 1949 zur Bildung der SKK, in: Ebenda, S. 236-237.

<sup>191</sup> Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954 über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR, in: Ebenda, S. 303-304.

<sup>192</sup> Regierung der UdSSR beschließt Aufhebung von Befehlen der SMAD und der SKK/6. Aug. 1954, in: Ebenda, S. 274, sowie Beschluß der Regierung der UdSSR: Über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III, Berlin (Ost) 1956, S. 284-285. Prawda, Moskwa, vom 25. Jan. 1955.

<sup>194</sup> Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den Volksrepubliken Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik.

<sup>195</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III, Berlin (Ost) 1956, S. 280-283.

<sup>196</sup> Abkommen über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen vom 12. März 1957, mit Notenaustausch vom 27. April 1957, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. V, Berlin (Ost) 1958, S. 677-685.

zungsmächte richten“ sowie „strafbare[r] Handlungen, die von Nazis oder von anderen Personen begangen wurden und die sich gegen Staatsangehörige Alliierten Nationen oder deren Eigentum richten, sowie [von] Versuche[n] zur Wiederherstellung des Naziregimes oder zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Naziorganisationen“<sup>197</sup>. Das Gesetz Nr. 4 stand in der Rechtskontinuität der Moskauer Deklaration vom 31. Oktober 1943<sup>198</sup>, auf die sich das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 „über Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben“<sup>199</sup>, ausdrücklich bezog. Diese Bestimmungen ergaben sich bereits aus dem Kontrollrats-Gesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 über die Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie dem strafbewehrten Verbot ihrer Neubildung. Nach Artikel III des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 waren die Besatzungsmächte berechtigt, innerhalb ihrer Besatzungszonen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Zugehörigkeit zu verbrecherischen Organisationen im Sinne des Urteils des Internationalen Militärtribunals vor ihre eigenen Gerichte zu bringen<sup>200</sup>. Die Prozedur legte die Direktive des Kontrollrats Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 fest.<sup>201</sup> Sie ließ darüber hinaus „die Internierung von Deutschen zu, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind“.<sup>202</sup> Nach Abschnitt III des Artikels III erstreckte sich die Geltungskraft der Direktive ausdrücklich auch auf jenen Personenkreis, der „nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt [...] noch gefährdet.“<sup>203</sup> Ähnlich weitreichende und auslegbare Vollmachten enthielt die Direktive des Kontrollrats Nr. 24 vom 12. Januar 1946 über die „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“.<sup>204</sup> Außerdem waren Gerichte der Militärregierung beispielsweise ausdrücklich zur Verfolgung von Verstößen gegen das Verbot des Waffenbesitzes nach Kontrollrats-Befehl Nr. 2 vom 7. Januar 1946 und von Verstößen gegen das im Kontrollrats-Gesetz Nr. 43 vom 30. Dezember 1946 ausgesprochene Verbot der Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung und Lagerung von Kriegsmaterial befugt.<sup>205</sup>

Unabhängig von solchen weitreichenden besatzungsrechtlichen Normen wandte die sowjetische Besatzungsmacht in der SBZ ihr nationales Recht an. Formelle Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsapparats in der SBZ stellte der NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 dar: Er hob die noch vom Kriegsgeschehen geprägten NKWD-Befehle Nr. 0016<sup>206</sup> und Nr. 0061<sup>207</sup> auf und erweiterte gleichzeitig die Vollmachten des Befehls Nr. 00315 vom

---

<sup>197</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin, Nr. 2 vom 30. Nov. 1945, S. 26-27.

<sup>198</sup> Darin einigten sich die USA, Großbritannien und die UdSSR auf das Prinzip, dem Deutschen Reich teilweise die Gerichtshoheit zu entziehen und die im Titel des Gesetzes Nr. 10 genannten Verbrechen einschließlich der Zugehörigkeit zu Organisationen, die später vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg für verbrecherisch erklärt wurden, nach Gesetzen des Gewahrsamsstaates und in jenen Ländern zu ahnden, in denen diese Verbrechen begangen wurden.

<sup>199</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 50-55.

<sup>200</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 50-55.

<sup>201</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 11/31. Okt. 1946, S. 184-194.

<sup>202</sup> Ebenda, S. 184.

<sup>203</sup> Ebenda., S. 188.

<sup>204</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 5 vom 31. März 1946, S. 98-115.

<sup>205</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 13 vom 31. Dez. 1946, S. 234-239.

<sup>206</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>207</sup> Vgl. Dokument Nr. 5.

18. April 1945<sup>208</sup> dahingehend, daß nunmehr auch nach der deutschen Kapitulation neu entstandene antisowjetische Organisationen und Gruppen zu bekämpfen waren<sup>209</sup>. Dieser Befehl blieb bis Februar 1954 in Kraft<sup>210</sup>.

Darüber hinaus wurde auf die SBZ nicht nur die Geltungskraft des Strafgesetzbuches der RSFSR ausgedehnt, sondern auch die in der Sowjetunion übliche Praxis der außergerichtlichen strafrechtlichen Ahndung. Nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR war beispielsweise Spionage, Diversion, Terror, antisowjetische Agitation und Propaganda, konterrevolutionäre Sabotage, Mitgliedschaft in antisowjetischen Organisationen mit Freiheitsentzug nicht unter 25 Jahren beehrt. Einige dieser Tatbestände standen im offenen Widerspruch zu internationalen Rechtsnormen. Unvereinbar mit der allgemeinen Rechtsnorm wie zivilisatorischen Grundsätzen war insbesondere der Artikel 17 dieses Strafgesetzbuches, wonach der bloße Vorsatz selbst dann strafbar war, wenn zu dessen Durchführung weder Mittel noch Gelegenheit vorlagen, also bloße „Gesinnung“ als Straftat gewertet und sehr oft mit dem Tode bestraft wurde. Bis zum Beschluß des Obersten Gerichts der UdSSR vom 5. Februar 1953 wurde gegen Ausländer nach „Gesetzen der Kriegszeit“ verfahren, wobei bis zum 19. April 1956 gegen Urteile wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR Berufung grundsätzlich nicht zugelassen war. Das letzte bekannte Urteil gegen einen Deutschen in der DDR fiel ein sowjetisches Militärtribunal am 24. Oktober 1955. Erst das bereits genannte Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. März 1957 legte fest, daß Straftaten gegen sowjetische Truppen in der DDR nach DDR-Recht zu bestrafen sind. Diese abstrakte Norm, später in zahlreichen Vereinbarungen konkretisiert, wurde allerdings niemals in der Praxis umgesetzt.

## V. Einfluß der Struktur der Besatzungsverwaltung auf die Tätigkeit der Sicherheitsorgane

Die Stellung des sowjetischen Sicherheitsapparates in der SBZ/DDR war nicht nur das Ergebnis der Wahrnehmung seiner rechtlichen Kompetenzen nach internationalem und sowjetischem Recht, sondern auch seiner herausragenden Funktion und Position innerhalb der Besatzungsverwaltung. Das NKWD/das MWD bzw. ab August 1947 das MGB<sup>211</sup> betreute das gesamte System der streng geheimen Nachrichtenverbindungen (sogenannte WTsch-Verbindungen<sup>212</sup>). Davon unabhängig kontrollierte die Militärzensur des NKGB/MGB in der SBZ seit Kriegsende alle Systeme sowohl der geheimen behördlichen und polizeilichen Kommunikation als auch die gesamten Postverbindungen einschließlich der gewöhnlichen Briefpost. Abwehraufgaben nahm der MGB-Apparat innerhalb des sowjetischen Personals und in der deutschen Bevölkerung wahr. Der Einfluß der ab Herbst 1946 in mehreren Schritten verschärften Geheimhaltung auf die Arbeitsweise und Personalpolitik der SMAD wird evident, wenn man beachtet, daß SMAD-Befehl Nr. 0010 vom 19. Februar 1947 die neuerliche Überprüfung aller in den Jahren 1945 und 1946 erteilten Zulassungen von SMAD-Mitarbeitern zum Umgang mit geheimen Unterlagen und eine Minimierung der von der SMAD beschäftigten deutschen Angestellten anordnete.<sup>213</sup> Im Mai 1949 befahl der Oberste Chef der SMAD nach entsprechender Direktive des Chefs des Generalstabes

---

<sup>208</sup> Vgl. Dokument Nr. 11.

<sup>209</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

<sup>210</sup> Er wurde durch MWD-Befehl Nr. 0099 vom 16. Feb. 1954 aufgehoben.

<sup>211</sup> GARF 9401/2/170, Bl. 346-349.

<sup>212</sup> WTsch für „wyssockaja tschistota“, d.i. Hochfrequenz. Abkürzung für das abhörsichere Fernmeldesystem.

<sup>213</sup> Stab der SMAD Nr. 6/003222 vom 27. Juni 1947, in: GARF 7317/7/42, Bl. 33-40.

vom 4. Mai 1949, alle SMAD-Beschäftigten, die keine explizite Zulassung durch das MGB besaßen, sofort von der Arbeit mit Geheimmaterial auszuschließen. Ohne schriftliche Genehmigung des MGB dürfe künftig niemand Zugang zu geheimen Schriftstücken haben, ein Verstoß gegen diese Bestimmungen werde als Verrat militärischer und Staatsgeheimnisse bestraft. Aufgrund dieser Neuordnung mußten innerhalb eines Monats alle bis 1947 erteilten Zulassungen erneuert werden<sup>214</sup>.

Das MGB war aber auch deshalb ein bestimmender Machtfaktor auf dem Gebiet der Personalpolitik, weil Truppenoffiziere nach militärischen Dienstvorschriften und Zivilpersonen nach zivilem sowjetischem Verwaltungsrecht Weisungen von MGB-Mitarbeitern Folge zu leisten hatten. Umgekehrt schuldete ein Geheimdienstangehöriger nur seinem fachlichen („operativen“) Dienstvorgesetzten Gehorsam, sogar einem ranghöheren militärischen („disziplinarischen“) Dienstvorgesetzten durfte er falsche Auskünfte geben. So leistete sich Generaloberst Serow etwa gegenüber seinem Vorgesetzten Marschall Schukow nicht nur objektiv Befehlsverweigerung, sondern informierte ihn sogar vorsätzlich falsch, wie er später selbstbewußt Stalin berichtete<sup>215</sup>.

Unter dem Vorbehalt der „Bestätigung“ durch die jeweils territorial und fachlich zuständigen Besatzungsorgane stand grundsätzlich auch jede personalpolitische Maßnahme der ostdeutschen Verwaltung. Doch solche Fachaufgaben nahmen die Operativen Gruppen ursprünglich unmittelbar wahr. Mit der Direktive des Hauptquartiers des sowjetischen Oberkommandos vom 20. April 1945 über die Bildung deutscher Verwaltungsorgane<sup>216</sup> und der Bildung des Amtes eines Stellvertreters des Oberbefehlshabers für Zivilverwaltung im gleichen Monat wurde der Amtsinhaber mit allen Kompetenzen „bei der Organisierung der örtlichen Verwaltung [und] der Ernennung von Bürgermeistern, Polizeichefs, Gemeindevorstehern und Mitarbeitern von Gerichten und Staatsanwaltschaften“ ausgestattet, er war unmittelbar dem NKWD der UdSSR verantwortlich<sup>217</sup>. Am 6. Juni 1945 wurde der zuständige Stellvertreter des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front Generaloberst Serow zwar formell zum Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung bestellt, doch diese Fachaufgaben verlagerte er nicht vollständig in den für diese Aufgaben geschaffenen Kommandanturdienst der SMAD, so daß in der SBZ eine „Doppelherrschaft“ der Kommandanturen und der Sonderstruktur des NKWD entstand.<sup>218</sup>

Im Zuge der Nachkriegsreorganisation des sowjetischen Sicherheitsapparates verblieben in der Kompetenz des MWD in der SBZ – außer seinen im Rahmen der SMAD wahrgenommenen Fachaufgaben – nur noch die Internierungslager für Amtsträger des NS-Systems und Gefängnisse für gerichtlich verurteilte Deutsche, während die Untersuchungsgefängnisse für politische Übertreter ausdrücklich dem MGB unterstellt wurden. Obwohl der Apparat des MGB in der SBZ 1946/47 aus der allgemeinen Besatzungsverwaltung, in die er aufgrund der vorangegangenen

---

<sup>214</sup> Stab der SMAD Nr. 6/00411 vom 25. Mai 1949, in: GARF 9409s/1s/39, Bl. 35ff.

<sup>215</sup> Vgl. Serow/Stalin/8. Feb. 1948, in: Wojennyje archiwy 1/1993, S. 208-213, hier S. 209. – Schukow, Georgi Konstantinowitsch (1896–1974), Marschall der Sowjetunion; Ab 1942 Erster stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR und stellvertretender Oberster Befehlshaber. Nahm am 8. Mai 1945 als Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front die Kapitulation der deutschen Wehrmacht entgegen. 1945–46 Oberbefehlshaber der GSBSD und Oberster Chef der SMAD. Danach für kurze Zeit Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte und stellvertretender Minister für die Verteidigung der UdSSR, 1946–53 Chef der Militärbezirke Odessa und Nord-Ural, ab 1953 Erster Stellvertreter und 1955–57 Minister für Verteidigung der UdSSR; 1941–46 Kandidat des ZK der WKP(B), 1952–57 Mitglied des ZK und 1956 Kandidat sowie 1957 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, ab 1958 im Ruhestand. 1939, 1944, 1945 und 1956 Held der Sowjetunion.

<sup>216</sup> Abgedruckt in: Scherstjanoi, Elke (Hg.): Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen, München 2004, S. 145. Siehe auch: Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 331f.

<sup>217</sup> Der Vorsitzende des GKO Stalin/Anordnung vom 22. Apr. 1945, in: GARF 9401/2/95, Bl. 319-320.

<sup>218</sup> Petrow, Nikita W.: SWAG i nemezkie organy samouprawlenija, Moskwa 2006, S. 30-31.

Organisationspolitik und fachlicher Kompetenzzuweisung geraten war, formell ausgegliedert wurde, blieb er konspirativ weiterhin in die reguläre SMAD-Struktur integriert. In den westlichen Besatzungszonen beispielsweise wurden die sowjetischen Repatriierungs- und Reparations-einrichtungen genutzt, um die Aufklärungstätigkeit zu tarnen. Geheimdienstoffiziere waren auch in Leitungen zentraler Fachinstanzen der SMAD präsent. Im Amtsbereich des Politischen Beraters der SMAD/der SKK war beispielsweise der für Deutschland zuständige Chef der sowjetischen Auslandsaufklärung als Stellvertreter „eingebaut“<sup>219</sup>. 1945–46 Oberst A. M. Korotkow<sup>220</sup>, 1946–48 Generalmajor L. A. Malinin, 1947–50 W. F. Rasin<sup>221</sup> und 1949–52 Generalleutnant I. I. Iljitschow<sup>222</sup>.

Grundsätzlich war die sowjetische Besatzungsverwaltung auf die Hilfe von Deutschen angewiesen. Schon die ersten internen Weisungen vom Frühjahr 1945 enthielten die Forderung, „antifaschistisch eingestellte“ Personen als „Informatoren“ der Kommandanturen zu gewinnen, um die Stimmung der Bevölkerung auszuforschen.<sup>223</sup> Ebenfalls lassen sich Initiativen zur Bildung gemischter deutsch-russischer Einrichtungen belegen, die als sowjetische Dienststellen legalisiert deutsche Mitarbeiter beschäftigten. Sie durchliefen oft mehrere Einrichtungen, in denen ihre fachliche und politische Eignung überprüft wurde, bevor solche Organisationseinheiten aus der

<sup>219</sup> Murphy, David E.; Kondrashev, Sergei A.; Bailey George: *Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War*, New Haven, London 1997, S. 21, S. 33 und S. 47.

<sup>220</sup> Korotkow, Alexandr Michailowitsch (1909–1961). Oberst; nach Abschluß der Mittelschule ab 1928 in der Staatssicherheit, ab 1933 in der Aufklärung in Westeuropa eingesetzt, 1934–38 in Paris, 1939 vorübergehend aus der Staatssicherheit entlassen, 1940–41 Resident des NKGB in Berlin, 1941–45 Chef der 1. (deutschen) Abteilung der 1. Verwaltung des NKGB; 1932 Kandidat und 1939 Mitglied der WKP(B). Ab April 1945 in Deutschland als Resident der Ersten Hauptverwaltung des NKGB, Okt. 1945–Feb. 1946 als Chef der sowjetischen Auslandsaufklärung in der SBZ auf der Planstelle des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD, 1946–50 stellvertretender Chef der Verwaltung für Auslandsaufklärung bzw. Chef der Verwaltung für illegale Auslandsaufklärung des MGB der UdSSR bzw. 1947–50 in gleicher Funktion beim Informationskomitee beim Außenministerium der UdSSR und ab 1950 Mitglied des Informationskomitees, 1950–53 stellvertretender Chef des Büros Nr. 1 des MGB (zur Durchführung von Diversions- und Terrorakten im Ausland), 1953 wieder Chef der Verwaltung für illegale Auslandsaufklärung des MGB, 1953–54 Chef und 1954–57 stellvertretender Chef der Ersten Hauptverwaltung Aufklärung des KGB der UdSSR; 1956 Generalmajor; 1957–61 Chef der KGB-Vertretung beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

<sup>221</sup> Rasin, Wassili Fjodorowitsch (auch: Wassili Trifonowitsch Rasin und Wassili Petrowitsch Roschtschin, eigentlich Jakow Fjodorowitsch Tischtchenko) (1903–1988). 1920 WKP(B), ab 1925 in den Aufklärungsorganen der Roten Armee, ab 1925 Mitarbeiter des Generalkonsulats der UdSSR in Charbin/China und 1926–29 der dortigen Residentur der sowjetischen Auslandsaufklärung, 1929 Mitarbeiter der Auslandsaufklärung in Wladiwostok, 1930–32 stellvertretender Chef der 5. Abteilung der NKWD-Hauptverwaltung, ab 1932 Mitarbeiter der sowjetischen Auslandsaufklärung des NKWD in Deutschland und 1935–38 Resident in Österreich; 1938 aus der Staatssicherheit entlassen und 1941 reaktiviert, ab 1941 Chef einer Unterabteilung der 4. Verwaltung des NKGB; 1943–45 Resident der Auslandsaufklärung in Schweden, 1945–47 in Finnland und 1947–50 in Berlin. Offiziell 1947–49 Vierter Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD für Sonderfragen und Chef der Konsularabteilung. 1950–53 im Moskauer Zentralapparat für Auslandsaufklärung tätig, 1953 pensioniert.

<sup>222</sup> Iljitschow, Iwan Iwanowitsch (1905–1983). 1925 WKP(B), ab 1929 in der Roten Armee, 1938 Absolvent der Militärpolitischen Lenin-Akademie, 1938 Chef der Politischen Abteilung der Aufklärungsverwaltung des Generalstabes (GRU), 1942 Generalleutnant, 1942–43 Chef und 1943–47 stellvertretender Chef der GRU, 1948–49 stellvertretender Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR. Ab Juli 1949 Stellvertreter und ab Okt. 1949 Erster Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD und anschließend bis 1952 der SKK, 1952–53 Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR (ab Juni 1952 im Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters), Juni 1953–Juli 1955 Hochkommissar der UdSSR in Österreich, 1956–66 Leiter der 3. Europäischen Abteilung, 1966–68 Botschafter in Dänemark, 1968–75 zuletzt Abteilungsleiter in der Planungsverwaltung des Außenministeriums der UdSSR, ab 1975 im Ruhestand.

<sup>223</sup> Entwurf/Weisungen der Militärärzte der Fronten, der Militärärzte der Armeen/[o.D.], in: AWP RF 457a/1/13/2, Bl. 111–116.

unmittelbaren Abhängigkeit der Besatzungsmacht entlassen und als deutsche Einrichtungen profiliert wurden. Ein frühes Beispiel bietet etwa die „Berliner Zeitung“, die ursprünglich von der 1. Belorussischen Front herausgegeben wurde. Im September 1945 beantragte die Zeitung bei der SMAD mit Erfolg die Genehmigung zur Bildung einer „Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Dokumente“, die als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert, die Suche und Sammlung von Dokumenten aus der NS-Zeit im Auftrag des ZK der KPD als Geschäftszweck angab. Zusammen mit dem Berliner Magistrat und der „Deutschen Volkszeitung“, dem Zentralorgan der KPD, sollte die Gesellschaft, „an deren Spitze unsere Leute stehen“, zu einem Drittel Miteigner sein, um „eine Mehrheit des Magistrats zu verhindern“.<sup>224</sup> Laut Bearbeitungsvermerk stimmte Marschall Schukow der Bildung der Gesellschaft zu und am 2. Oktober 1945 verabschiedete der Berliner Magistrat ihre Satzung. Einige archivalische Spuren solcher Einrichtungen lassen sich gar nicht eindeutig einordnen. Beispielsweise ein durch den Geheimbefehl der SMAD vom 4. November 1946 geschaffenes „deutsches Büro zum Studium der Presse“, dessen 113 deutsche Mitarbeiter aus deutschen Budgets zu finanzieren, aber der Propagandaverwaltung der SMAD zu unterstellen waren<sup>225</sup>, oder ein mit 250 Planstellen ausgestattetes „Büro für Aufklärung und kulturellen Aufbau“ zur Ausforschung der Stimmung der Bevölkerung sowie Koordinierung der Informations- und Propagandaaarbeit, das formell dem Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung angeschlossen werden sollte.<sup>226</sup> Die Frage, was real oder fiktional in ihrem Amtsbereich war, beschäftigte zwar oft die deutschen Amtschefs, wie aus der Aktenüberlieferung vielfach hervorgeht. Im Hinblick auf die Geheimhaltungspraxis ist diese Frage jedoch unerheblich.

Komplexere Metamorphosen institutioneller und personeller Art machte das Informationsbüro der SMAD (auch genannt: Sowjetisches Nachrichtenbüro, abgekürzt: SNB) durch, das mit der Sammlung „laufender Informationen über internationales und innerdeutsches Leben für das SMAD-Kommando sowie von Informationen für die Regierung über politische und ökonomische Fakten in allen vier Besatzungszonen“<sup>227</sup> beauftragt war. Mit SMAD-Befehl Nr. 069 vom 29. März 1946 verfügte das SNB über eine Abteilung Wirtschaftsinformation mit 14 Stellen für sowjetisches Personal in der Zentrale und 18 in den Bezirken<sup>228</sup>. Wie deutsche Zeitzeugen berichteten, stand die Sammlung von Berichten aus dem ökonomischen, sozialen und politischen Bereich im Mittelpunkt des Büros<sup>229</sup>.

Im September 1946 beschäftigte das Büro bereits 184 sowjetische Mitarbeiter. Es unterhielt Korrespondenten-Abteilungen in Berlin und in den Ländern/Provinzen der SBZ, für die im Frühjahr 1946 125 Korrespondenten tätig waren. Es handelte sich um „Antifaschisten“, wobei „die wichtigsten Informationen über die innenpolitische Lage in Berlin durch Menschen gemacht werden, die in der UdSSR geschult worden sind“<sup>230</sup>, hieß es im amtlichen Bericht nach Moskau. Für außerplanmäßige Honorare verfügte das Büro monatlich über 41.000 Rubel<sup>231</sup>, was damals 82.000 RM entsprach. In der Berliner Zentrale waren im Februar 1946 31 deutsche Mitarbeiter beschäftigt, die zwischen 400 und 1.500 RM im Monat verdienten und zusätzlich täg-

---

<sup>224</sup> Berliner Zeitung/Generalleutnant Bokow/7. Sept. 1945 sowie Bericht von Major Wolkow vom 13. Sept. 1945, in: AWP RF 457a/1/10/2, Bl. 53-54.

<sup>225</sup> Befehl Nr. 0361 vom 30. Okt./4. Nov. 1946, in: GARF 7317/7s/27, Bl. 294-297.

<sup>226</sup> Tjulpanow/Semjonow/5. Nov. 1948, in: AWP RF 457a/5/7/28, Bl. 213-214.

<sup>227</sup> Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/33, Bl. 1-192, hier Bl. 14.

<sup>228</sup> Befehl des Obersten Chefs der SMAD an den Stab der SMAD Nr. 069 „Über die Organisation der Wirtschaftsinformation in der SBZ“ vom 29. März 1946, in: GARF 7317/7/23, Bl. 66.

<sup>229</sup> AsD, Ostbüro/03226.

<sup>230</sup> Sokolowski/Bericht über Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/33, Bl. 1-192, hier Bl. 15.

<sup>231</sup> SMAD-Befehl Nr. 67 vom 20. Sept. 1945, in: GARF 7317/8/1, Bl. 268.

lich mit 400 Gramm Brot, 140 Gramm Fleisch und 25 Gramm Fett versorgt wurden.<sup>232</sup> 1947 wurden allein der Zentrale schon 245 Planstellen für deutsche Mitarbeiter genehmigt, davon 27 für Fahrer.<sup>233</sup>

In größeren Städten und in den Kreisen der Provinz Brandenburg waren im April 1946 35 sowjetische Korrespondenten eingesetzt.<sup>234</sup> Die SNB-Filiale in Mecklenburg soll über 13 Nebenstellen verfügt haben<sup>235</sup>, für Sachsen wurden elf Nebenstellen genannt. Das Landesbüro in Dresden soll etwa 80 ständige deutsche Berichterstatter und weitere 30 bis 40 Honorarkräfte beschäftigt haben.<sup>236</sup> Die Berichte des SNB wurden als „Nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert und durften sogar zentralen sowjetischen Behörden nur mit der Genehmigung des ZK-Sekretärs Michail Suslow ausgehändigt werden.<sup>237</sup>

Mit der Lizenzierung des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“ (ADN) im Oktober 1946 ging ein Teil der Funktionen des SNB in deutsche Hand über, beim sowjetischen Informationsbüro blieben 1948 nur noch drei Deutsche beschäftigt. Im ADN „bekleideten leitende Positionen und verantwortliche Stellungen [...] in der Hauptsache ehemalige KPD-Mitglieder“, heißt es im offiziellen Bericht der SMAD nach Moskau.<sup>238</sup> Deutsche Mitarbeiter des SNB wurden in Tarnagenturen wie „Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme“ mit Sitz Berlin, Parkstraße 15, überführt<sup>239</sup>, wo auch das Informationsbüro der SMAD seinen Sitz hatte. Später wurde das „Deutsche Institut für sozialökonomische Probleme“ dem Innenministerium der DDR angegliedert. Ehemalige leitende SNB-Mitarbeiter waren auch der erste Leiter des ADN, Georg Wilhelm Hansen<sup>240</sup>, seine Nachfolgerin Deba Wieland<sup>241</sup> oder der spätere Generalleutnant der DDR-Staatssicherheit Franz Gold<sup>242</sup>.

An der Durchführung „verdeckter“ Operationen war auch das offizielle Presseorgan der SMAD, die „Tägliche Rundschau“, beteiligt. In den Jahren 1947 und 1948 hatte sie beispielsweise die Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR mit vier Millionen Mark zu subventionie-

<sup>232</sup> SMAD-Befehl Nr. 48 vom 12. Feb. 1946 mit Anlagen, in: GARF 7317/8/36a, Bl. 61-63.

<sup>233</sup> Stabschef der SMAD Generalleutnant Dratwin/Planstellenverzeichnis des Informationsbüros der SMAD/29. Jan. 1947, in: GARF 7317/8/51, Bl. 68-71.

<sup>234</sup> Stabschef der SMA Brandenburg Oberst Goldenschein/Chef des Informationsbüros der SMAD/8. Apr. 1946, in: GARF 7077/1/31, Bl. 146-148.

<sup>235</sup> AsD, Ostbüro/03226.

<sup>236</sup> Bericht vom 5. Apr. 1951, in: AsD, Ostbüro/03226.

<sup>237</sup> Chef des Informationsbüros der SMAD W. Koltypin/Vorstandsmitglied des WOKS Kislowa/2. Feb. 1948, in: GARF 5283/22/106, Bl. 52. – Suslow, Michail Andrejewitsch (1902–1982), 1946–48 Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen des ZK der WKP(B), 1947–82 Sekretär des ZK der KPdSU.

<sup>238</sup> Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im IV. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/36, Bl. 14.

<sup>239</sup> AsD, Ostbüro/03226. Das Institut wurde mit einem SMAD-Befehl vom 5. Apr. 1946 gebildet und mit dem SMAD-Befehl Nr. 7 vom 20. Jan. 1948 um 66 Planstellen für deutsche Mitarbeiter erweitert. Vgl. GARF 7317/8/14, Bl. 26.

<sup>240</sup> Hansen, Georg (eigentlich: Leitner, Willi) (1903–1976) war in den 1920er Jahren Mitarbeiter der sowjetischen militärischen Aufklärung und deshalb in England 1932 zu neun Jahren Haft verurteilt, 1935 in die Sowjetunion abgeschoben, dort war er u.a. Chefredakteur des Deutschen Volkssenders. 1946–52 war Hansen Generaldirektor des ADN, 1952–56 Leiter der Abteilung Presse- und Rundfunk im ZK der SED, 1956–62 stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“.

<sup>241</sup> Wieland, Deba (1916–1992). Geboren in Moskau, aufgewachsen in Riga, 1933 Mitglied der KP Frankreichs, 1939 Emigration in die UdSSR, 1946 nach Deutschland, 1946–49 Redakteurin bzw. Chefredakteurin beim SNB und 1949 im Deutschen Institut für sozialökonomische Probleme beim Ministerium für Inneres der DDR, 1949–52 leitende Mitarbeiterin des Amtes für Information der DDR, 1952–77 Generaldirektor des ADN.

<sup>242</sup> Gold, Franz (1919–1977), 1932 Mitglied der KP der Tschechoslowakei, im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee, 1946–48 Personalchef des SNB Sachsen, 1948–50 Direktor der Tarnagentur Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme in Berlin-Weißensee, 1950 Personalchef beim Berliner Rundfunk, danach Abteilungsleiter bei der Deutschen Volkspolizei bzw. im Staatssicherheitsdienst, 1972 Generalleutnant.

ren<sup>243</sup> und 1949 vergab sie auf Anweisung von Marschall Sokolowski<sup>244</sup> an Westberliner Studenten Stipendien in Westwährung<sup>245</sup>. Wie das SNB unterhielt auch die „Tägliche Rundschau“ in der SBZ ein flächendeckendes Korrespondentennetz<sup>246</sup>.

Komplexere Formen solcher asymmetrischen Vernetzung gab es in allen Bereichen. Aber „überall [herrschte] strengste Geheimhaltung“, denn auch nach dem Krieg waren „die Regeln der Konspiration noch voll in Kraft“, so daß wichtige Dinge nur unter vier Augen erörtert wurden<sup>247</sup>, teilte der führende sowjetische Diplomat in Deutschland Semjonow in seinen Erinnerungen mit. Doch zur Camouflage der wahren Absichten zwang vor allem das Kontrollrats-Gesetz Nr. 31 vom 5. Juli 1946, denn es löste „alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, welche die Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung von Personen zum Zweck haben“, auf, unabhängig davon, ob sie „gesetzmäßig eingesetzten deutschen Polizeistellen unterstehen oder unter die Kontrolle von Ortsbehörden gestellt sind“. Ausdrücklich verbot es zugleich unter Strafandrohung deren Neubildung.<sup>248</sup> Ihre Tätigkeit tarnte die Besatzungsverwaltung aber nicht nur vor der Außenwelt, denn selbst gegenüber führenden SED-Funktionären wurden konspirative Führungspraktiken angewandt. So bezeichnete die SMAD-Propagandaverwaltung intern 1946 mehrere Mitarbeiter des Zentralsekretariats der SED namentlich als „Spione“ und hielt pragmatisch fest: „Einen Spion länger in der SED zu halten, macht keinen Sinn, aber ihn zu entfernen, ist auch schwierig, weil es große Unruhe in der SED [...] und in anderen Kreisen hervorruft.“<sup>249</sup> Nach Moskau meldete der Verwaltungschef Tjulpanow<sup>250</sup>, daß sogar Gespräche über wichtige Fragen immer wieder auch einem breiten Kreis des SED-Apparates bekannt würden, so daß angesichts dieser „mangelnden Wachsamkeit in der SED“ auf Seiten der SMAD besondere Sorgfalt und eine selektive Behandlung der Mitglieder des Zentralsekretariats der SED notwendig seien.<sup>251</sup>

<sup>243</sup> Vgl. Stellvertretender Chef der Informationsverwaltung der SMAD Abramow/Chef der Finanzverwaltung der SMAD Maletin/18. Nov. 1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 155, Tjulpanow/Sitnin/12. Juni 1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 36 und Dymischiz/Bericht, in: AWP RF 0457b/6/38/27, Bl. 30-36.

<sup>244</sup> Sokolowski, Wassili Danilowitsch (1897–1968), Armeegeneral/1946 Marschall der Sowjetunion; ab Juni 1945 Erster Stellvertreter und März 1946–März 1949 Oberbefehlshaber der GSBSD und Oberster Chef der SMAD, ab März 1949 Erster Stellvertreter des Verteidigungs- bzw. ab Feb. 1950 des Kriegsministers der UdSSR, 1952–60 Generalstabschef und Erster stellvertretender Kriegsminister (ab 1953 Verteidigungsminister). 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>245</sup> Stellvertretender Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD Artjuchin/Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow/14. Apr. 1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 59.

<sup>246</sup> Befehl des Chefs des Verlags und des Chefredakteurs der Zeitung „Tägliche Rundschau“ in Personalangelegenheiten Nr. 254/I vom 15. Aug. 1946, in: GARF 7408/2/1, Bl. 76.

<sup>247</sup> Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 232. – Semjonow, Wladimir Semjonowitsch (1910–1992), 1945–46 Erster Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD für allgemeine und außenpolitische Fragen sowie Chef der Abteilung Politik, 1946–49 Politischer Berater des Obersten Chefs der SMAD und anschließend bis 1953 Politischer Berater des SKK-Vorsitzenden, 1953 kurze Zeit Leiter der 3. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR, 1953–55 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland. 1955–78 stellvertretender Außenminister der UdSSR, ab 1966 Kandidat des ZK der KPdSU, 1978–86 UdSSR-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>248</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 8 vom 1. Juli 1946, S. 163.

<sup>249</sup> Oberst Nasarow, in: Stenogramm der Beratung der Mitglieder der Kommission des ZK der WKP(B) mit Abteilungschefs der Propagandaverwaltung der SMAD, in: RGASPI 17/128/150, Bl. 32. – Unter anderem wurde dort der Name eines späteren stellvertretenden DDR-Ministers genannt, welcher der Gestapo seine Mitarbeit angeboten habe. Da dies tatsächlich auch aus Gestapo-Akten hervorgeht, ist davon auszugehen, daß der interne Informationsaustausch innerhalb der SMAD recht gut funktionierte. Bei dem Betroffenen handelte es sich um einen Absolventen der Moskauer militärpolitischen Schule der Komintern.

<sup>250</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch (1901–1984), Oberst/Generalmajor; 1945–49 Chef der Verwaltung Propaganda/Information der SMAD. 1949 Rückkehr in die UdSSR.

<sup>251</sup> Is dokladnoi sapiski S. Tjulpanowa w ZK WKP(b) M. Suslowu o plenum Zentralnowo Prawlenija SEPG 19-20 ijunja 1946g./25 ijunja 1946g., in: SWAG. Uprawlenije propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow 1945–1949.

Im Juni 1946 wurde Walter Ulbricht auf solche Sicherheitsmängel aufmerksam gemacht, und in den SED-Landesvorständen veranlaßten die SMAD-Landesverwaltungen konkrete Maßnahmen, um „erhöhte Wachsamkeit“ sicherzustellen.<sup>252</sup> Im Sommer 1947 redete auch Wilhelm Pieck in dieser Sache den Mitgliedern des Parteivorstands der SED ins Gewissen und riet ihnen: „Nicht immer sagen, was [wir] denken. Nur [das], was notwendig ist, um bestimmte Wirkung“ zu erzielen.<sup>253</sup>

Vor diesem Hintergrund verdient die Personalpolitik der SMAD in der SBZ besondere Aufmerksamkeit. Zu den politischen Remigranten aus der UdSSR und Altkommunisten, denen die Besatzungsmacht zunächst das größte Vertrauen entgegenbrachte, gesellten sich bald die Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene, die nach dem Krieg in die Kompetenz des sowjetischen MWD fielen. Ab 1946 brachte sie eine Sonderkommission des ZK der WKP(B) und die Politische Hauptverwaltung der Armee in großer Zahl in die SBZ.<sup>254</sup> Als sie die SMAD bevorzugt im Polizeiwesen der SBZ einsetzte, entstand selbst bei bewährten Altkommunisten und Rückkehrern aus der sowjetischen Emigration „das Gefühl, daß man uns hintanstellte“.<sup>255</sup> Eine amerikanische Quelle meldete am 8. Oktober 1948 unter Berufung auf einen sowjetischen Informanten, daß laut einem Geheimbefehl vom 22. August 1948 Schlüsselpositionen in der ostdeutschen Verwaltung mit früheren Mitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland zu besetzen waren.<sup>256</sup> Dies läßt sich zwar nicht verifizieren, doch die 1954 mehr als elftausend in der SED wirkenden Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen wurden durch das Zentralsekretariat der SED personalpolitisch beobachtet<sup>257</sup>, wie der administrative Euphemismus lautete. In der DDR-Staatssicherheit genossen ab 1953 bei der Personalauswahl besondere Protektion in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft „bewährte“ SED-Mitglieder neben politischen Remigranten aus der UdSSR und aktiven Widerständlern.<sup>258</sup>

## VI. Aufbau des ostdeutschen Polizeistaates

Über die Anfänge der ostdeutschen politischen Polizei ist vergleichsweise viel bekannt.<sup>259</sup> Die übliche Fokussierung auf die besondere Funktion von Polizei und Justiz im diktatorischen Herrschaftssystem übersieht aber, daß im sowjetischen Typus der „Machtverwaltung“ (im Gegensatz zum modernen Typus der „Sachverwaltung“) alle Bereiche der öffentlichen Tätigkeit eine Ein-

---

Sbornik dokumentow. Pod redakciei Berndta Bonwetscha, Gennadija Bordjugowa i Normana M. Naimarka, Moskwa 1994, S. 48-51, hier S. 50.

<sup>252</sup> Ebenda, S. 50f.

<sup>253</sup> Vgl. Piecks Notizen zur 13. Tagung des PV der SED vom 20./21. Aug. 1947, in: SAPMO BArch, ZPA/Nachlaß 36/655.

<sup>254</sup> Konassow, W. B.: Sudby nemezkih wojennoplennych w SSSR: Diplomatscheskije, prawowyje i polititscheskije aspekty problemy. Wologda 1996, S. 137f.

<sup>255</sup> SAPMO, ZPA/EA 1275/1.

<sup>256</sup> BArch, OMGUS/ODI 7/33-3/1-9/8.

<sup>257</sup> Vgl. W. Wöhl – Abt. Personalpolitik des Zentralsekretariats der SED/Bericht/o. D. [21. Juni 1947], in: BArch 10/4; Kirchner/Wölk/18. Sept. 1949, in: Brandenburgisches Landeshauptarch Potsdam (abgekürzt: BLHA), 332/L IV/2/11/759; siehe auch: Berlin, 8. Feb. 1954/Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen, in: BArch, SAPMO ZPA/IV 2/5/1371.

<sup>258</sup> Vgl. Dienstanweisung 43/53 des Staatsssekretärs für Staatssicherheit vom 6. Nov. 1953/Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit, zitiert nach: Schumann, Silke: Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit Berlin 1950–1957. Aufbau und Tätigkeitsfelder. Hausarbeit Humboldt-Universität zu Berlin, 1996, S. 92.

<sup>259</sup> Vgl. hierzu: Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutsch-

heit bilden und tendenziell durch Zwang reguliert werden, so daß also – aus einem anderen Blickwinkel gesehen – innerhalb des entdifferenzierten Herrschaftssystems einer totalitär verfaßten Diktatur notwendigerweise alle öffentlich wirksamen Initiativen Zwangsimpulse auslösten. In der Nachkriegsgeschichte der SBZ beförderten insbesondere Sachzwänge im Versorgungs- und Wirtschaftsbereich die Entwicklung des Polizeistaates nachhaltig. Diese Entwicklung bremste bis 1952 die föderale Verfassungsstruktur der SBZ/DDR, worunter auch die vielfältigen Formen politischer Resistenz subsumiert werden können.

Die ostdeutsche administrative Infrastruktur wirkte ursprünglich auch in rechtlicher Hinsicht als bloßes Instrument der sowjetischen Besatzungsverwaltung. Die Transformation der direkten Besatzungsdiktatur in eine durch die SED repräsentierte abhängige Diktatur nach dem Muster des sowjetischen Parteienstaates kennzeichneten zwei Prozesse: Zum einen wurde die SED selbst nach dem zentralistischen Führungsprinzip organisatorisch und politisch diszipliniert, zum anderen delegierte die Besatzungsmacht Fachaufgaben sukzessive zur deutschen Verwaltung. Zeitlich verliefen beide Prozesse parallel und verstärkten einander. In sachlicher Hinsicht gestaltete sich die Entwicklung jedoch extrem komplex, weil die ordnungspolitischen Teilresultate vielfach mit den machtpolitischen Intentionen konfligierten, welche die deutschen Akteure gegenüber der Besatzungsmacht geltend machten. Paradox war schließlich nicht nur das Gesamtergebnis, denn die repräsentative Funktion der SED wuchs proportional zum Grad ihrer politischen Abhängigkeit von der Besatzungsmacht. Konflikte prägten aber auch die Verlaufsmomente im Prozeß der stufenweisen asymmetrischen Aufgabenübertragung von der Besatzungsmacht zu ostdeutschen Institutionen. Sie resultierten nicht nur aus der mangelnden organisatorischen und sachlichen Synchronisierung zwischen Besatzungsverwaltung und SED, deren vielfältige Ursachen

---

land“, Band VIII, Baden-Baden 1995, S. 297-361; Kubina, Michael: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949, in: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 413-500; Sacharov, Vladimir V./Filippovych, Dmitrij N./Kubina, Michael: Tschekeiten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 293-335; Kubina, Michael: Kontrolle und Repression als integraler Bestandteil der Parteiarbeit. Zu den Anfängen der parteiinternen Kontroll- und Repressionsapparate, in: Baumann, Ulrich/Kury, Helmut (Hg.): Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht, Freiburg i. Br. 1998, S. 203-224; Kubina, Michael: Ifo-Dienste und andere parteiinterne „Vorläufer“ des MfS, in: Deutschland Archiv 1998, S. 994-1006; Gieseke, Jens: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950, in: Dierk Hoffmann und Hermann Wentker (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ, München 2000; Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, Dresden 2001, S. 55-64; Herz, Andrea/Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952, Erfurt 2002; Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952, in: Behring, Rainer und Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u.a. 2003, S. 201-267; Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone. Ursprung und Entwicklung der K 5, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998, S. 125-156; Tantzsch, Monika: „In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut“. Die Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Deutschland Archiv 1998, S. 48-56; Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006; Lübeck, Wilfried: „Fortwährende Überprüfungen aller Bevölkerungsschichten“. Der Informationsdienst der KPD/SED als Vorläufer der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 1998, S. 629-634; Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Florath, Bernd u.a. (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146-168.

nicht zuletzt auch in der unterschiedlichen Rechtstradition begründet waren. Für Konflikte und Reibungen – nicht zuletzt auch zwischen den deutschen Akteuren – sorgte bereits die föderalistische und sektorale Auffächerung der ostdeutschen Verwaltung, deren einzelne Segmente im unterschiedlichen Grad von der vertikalen Ordnungsstruktur abhängig waren. Unabhängig davon, ob die vertikale Ordnungskomponente mittelbar mit der SED oder unmittelbar mit der Besatzungsmacht identifiziert wird, kontrollierte die Besatzungsverwaltung grundsätzlich alle Prozesse und intervenierte aktiv in sie.

Zwar tendierte die Besatzungsverwaltung dazu, ihr Machtprivileg zu wahren und zu deutschen Einrichtungen vorrangig die Verantwortung zu delegieren, doch von administrativen, ökonomischen und politischen Sachzwängen getrieben, „überholte“ die SED ordnungspolitisch mehrmals die SMAD und tangierte damit ihre „führende Rolle“. Eine solche Konfliktsituation spitzte sich nach den ersten Wahlen im Herbst 1946 zu, als die SED ordnungspolitische Initiative ergriff, um mit Hilfe einer forcierten administrativen Zentralisierung in der SBZ „eine volksdemokratische Ordnung“ zu errichten<sup>260</sup>, die geeignet war, die nach der Verabschiedung der Verfassungen der SBZ-Länder 1946/47 den Ländern formal zustehenden staatsrechtlichen Vollmachten effektiv vorzuenthalten. Konzentriert auf die Einführung einer zentralen deutschen Wirtschaftsplanung als politisches Nahziel, verkündete Ulbricht schon auf der Sitzung des Parteivorstands der SED vom 22./23. Januar 1947, daß ein „Wendepunkt in unserer Aufgabenstellung in der SBZ“ erreicht worden sei. „Damit wurden bei uns die Grundsätze einer volksdemokratischen Ordnung in den Ländern geschlossen [sic], ein neuer Typ der demokratischen Ordnung [...] [ist entstanden].“ Grotewohl bezeichnete die SBZ damals schon als „demokratisches Volksregime“ und stellte sie auf die gleiche Stufe mit Jugoslawien, Bulgarien, der ČSR und Polen<sup>261</sup>. Zwar konfigurierte diese „Generallinie“ keineswegs mit der Politik der SMAD, doch auf Stalins Geheiß wurde dieses Selbstverständnis 1948 auf das Stadium der „larvierten Volksdemokratie“ reduziert und dieser Sonderstatus im parteioffiziellen Geschichtsnarrativ der SED erst 1952 überwunden<sup>262</sup>. Dies tangierte jedoch nicht das Rollenverständnis der SED, die für sich in Anspruch nahm, „von ihrer Geburtsstunde an [als] eine staatsaufbauende Partei in der SBZ und auch in Berlin“ zu fungieren und darin auch „die führende Rolle“<sup>263</sup> wahrzunehmen.

Realpolitisch hielt es die SED damals für dringend notwendig, die erreichten politischen „Errungenschaften“ – also die Ergebnisse der personellen Säuberungen im Rahmen der Entnazifizierung und der Enteignungen durch Bodenreform im agrarischen und durch Sequestrierung im industriellen Bereich – polizeistaatlich abzusichern. Diesen Kurs beschleunigte die SED ab Mitte 1947, und zwar nicht nur unter dem abstrakten Hinweis auf den sich „ständig verschärfenden Kampf zwischen Reaktion und der neuen demokratischen Ordnung“, sondern auch mit konkreten Schlagworten wie Schwarzmarkt, Schieberei und „Sabotage durch Kompensationsgeschäfte“, bei denen auch „Bestechungen eine große Rolle spielen und bei den Russen mehr als bei uns“, wie der Innenminister von Thüringen Werner Eggerath feststellte<sup>264</sup>. Ulbricht formulierte schon

<sup>260</sup> Ulbricht, Walter: Strategie und Taktik der SED. Zur gegenwärtigen Lage, in: Einheit. Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Berlin, Nr. 5/Okt. 1946, S. 257-271.

<sup>261</sup> Grotewohl/Die politische Lage und Bericht über die Erklärung des Marschalls Sokolowski, in: Stenographische Niederschrift über die 8. Tagung des PV der SED, 22. und 23. Januar 1947, in: BArch, SAPMO, ZPA/IV 2/1/7.

<sup>262</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Die deutsche Volksdemokratie. Geschichte, Theorie und Rezeption des Begriffs in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv 1975, S. 375-389, hier S. 387f.

<sup>263</sup> Referat Dahlem: Die organisatorischen Richtlinien der Partei, in: Stenographische Niederschrift der 8. Tagung des Parteivorstands am 22./23. Jan. 1947, in: BArch, SAPMO, ZPA/IV 2/1/9, Bl. 202.

<sup>264</sup> Stenographischer Bericht über die Innenministerkonferenz am 11. und 12. Aug. 1947, in: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (abgekürzt: BStU-Archiv), AS 229/66, Bl. 6. – Eggerath, Werner (1900–1977), 1945–46 Vorsitzender

damals das weitreichende Ziel, die gesamte öffentliche Verwaltung in der SBZ an die von Kommunisten beherrschten Innenministerien anzubinden<sup>265</sup>, was später auch durchgesetzt werden sollte. Und schon im Oktober 1947 plädierte er auch für die Schaffung eines zentralen Nachrichtenamtes bei der Deutschen Verwaltung des Innern und forderte: „Wir müssen überall Vertrauensleute haben und müssen wissen, was los ist“.<sup>266</sup> Beides bewegte sich im Rahmen der dokumentierten sowjetischen Vorgaben. Ab Anfang 1948 intensivierte Ulbricht seine Aktivitäten und begründete im Juli 1948 den beschleunigten Ausbau des „Staates als Instrument der herrschenden Klasse“ mit der Stalinschen „gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes“<sup>267</sup>. Nach Ulbrichts Vorstellungen hatten sogar die Parlamente als bloße „Vollzugshilfsorgane zur Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen“ zu fungieren, und die einheitliche und bereits zentralisierte zonale Polizeiverwaltung sollte als Vorbild für die gesamte „Staatsorganisation“ dienen. Erwin Lampka, der Leiter des Sekretariatsbüros der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), lobte bei dieser Gelegenheit die bereits geleistete Vorarbeit der deutschen Zentralverwaltung des Innern bei der strukturellen Gleichschaltung der Landesverwaltungen und die herausgehobene Rolle des Innenministeriums in den Ländern als „koordinierendes Ministerium“, das „für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Verwaltungsarbeit [...] verantwortlich“ sei<sup>268</sup>. Nach Bildung der DDR unterstrich die herausragende Steuerungsfunktion des Innenministeriums im Herrschaftssystem der Beschluß des Politbüros der SED Nr. 56 vom 15. November 1949 über „Richtlinien für die Personalarbeit der staatlichen Verwaltung in der DDR“: Sie schrieben vor, daß die Beschäftigung im öffentlichen Dienst grundsätzlich vom Innenministerium individuell genehmigt werden mußte. Diese Regelung galt analog für alle Verwaltungsebenen der Länder, Kreise und Kommunen<sup>269</sup>. Der sowjetische Bericht kommentierte den Beschluß mit der Feststellung: „Die Ernennung aller Beschäftigten erfolgt erst nach Überprüfung und Bestätigung durch das ZK der SED“.<sup>270</sup>

Grundsätzlich blieb das Personalwesen jedoch eine Domäne der Besatzungsmacht, die weiterhin die Oberkontrolle ausübte. Zunächst wurde sie von den Fachverwaltungen der SMAD wahrgenommen, ab Sommer 1948 einheitlich von etwa 100 Angestellten der Abteilung Zivilverwaltung und in der SKK von der Abteilung für Verwaltungsfragen.<sup>271</sup> Die SED begann mit dem Aufbau eines zentralen Nomenklatursystems in der Hauptsache mit der Bildung einer Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisation des ZK im Jahr 1952.<sup>272</sup>

---

der KPD-Bezirksleitung Thüringen, 1946–47 Vorsitzender der SED-Landesleitung ebenda, 1946–47 Vizepräsident der Landesverwaltung und 1947–52 Ministerpräsident von Thüringen.

<sup>265</sup> Anton/Plenikowski – Abt. Landespolitik/Stenographischer Bericht über die Innenminister-Konferenz am 11. und 12. Aug. 1947, in: BStU-Archiv, MfS AS 229/66, hier Bl. 30.

<sup>266</sup> Bericht über die Innenministerkonferenz vom 12. Okt. 1947, in: BArch, SAPMO IV 2/13/109, Bl. 71 und Bl. 74.

<sup>267</sup> Referat von Walter Ulbricht, in: Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948, S. 9-37.

<sup>268</sup> Referat Lampka, in: Ebenda, S. 51.

<sup>269</sup> Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 56 vom 15. Nov. 1949, in: SAPMO BArch DY 30/IV 2/2/56, Bl. 87-89.

<sup>270</sup> Iljitschow/Gribanow/9. Feb. 1950/Bericht über Ergänzung des Regierungsapparats der DDR, in: AWP RF 082/37/14/200, Bl. 71-73, hier Bl. 73.

<sup>271</sup> Vgl. Zarewskaja-Djakina, Tatjana W.: Abteilung Zivilverwaltung, in: Möller, Horst/Tschubarjan, Alexandr O. (Hg.): SMAD Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 462-464. – So sind beispielsweise im Findbuch 64 des GARF-Bestandes Nr. 7317 3.225 „Personaldossiers politischer, gesellschaftlicher und staatlicher Funktionsträger der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ aus den Jahren 1945–53 überliefert. Der Bestand muß schon deshalb als unvollständig angesehen werden, weil sich darin keine Personaldossiers westdeutscher Funktionsträger befinden, die ebenfalls systematisch gesammelt und in den Geschäftsakten vereinzelt auch zu finden sind. Das Findbuch 65: „Personalbögen, Charakteristiken, Berichte, Schriftwechsel und anderes Material betreffend deutsches Führungspersonal aus demokratischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Ministerien, Ämtern und Bereichen der Wirtschaft, 1945–1950“ ist noch nicht ausgewertet worden.

<sup>272</sup> Vgl. Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 152f., S. 882.

Die Besatzungsmacht verhielt sich jedoch zurückhaltend, wenn es um die Genehmigung der ambitionierten SED-Projekte ging. Deutschlandpolitisches Taktieren bremste sie dabei genauso wie die Sonderinteressen der zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Fachämter, die nur ungern ihre Machtbefugnisse mit deutschen Dienststellen teilen wollten. Heftiger Widerstand gegen den Aufbau eines ostdeutschen staatspolizeilichen Apparates wurde aus dem sowjetischen Sicherheitsapparat angemeldet, der ab 1947 sowohl in der Besatzungsverwaltung in Deutschland als auch bei der sowjetischen Regierung vor dem Hintergrund der Reinstallierung der im Krieg beschädigten „führenden Rolle“ der kommunistischen Partei in Kompetenzkonflikte verwickelt war. Zur politischen Isolation der sowjetischen Geheimdienste trug außerdem nicht unwesentlich bei, daß der politische Terror in der SBZ mit der Lockerung der Zensur in Westdeutschland von der unabhängigen Presse als Dauerthema aufgegriffen wurde. Im Juni 1948 leitete der Sicherheitsminister Abakumow an Molotow eine Aktennotiz des MGB-Beauftragten in Deutschland, Generaloberst Kowaltschuk, weiter, in der sich dieser über die Unfähigkeit der deutschen Justiz beklagte. Sie sei unter dem Einfluß von Mitgliedern „bürgerlicher Parteien“ unfähig, „demokratische Umgestaltungen“ durchzuführen<sup>273</sup>. In einem undatierten Bericht Kowaltschuks an Abakumow über die Lage im Parteivorstand der SED, den Außenminister Molotow am 23. Juli 1948 nach Berlin an Sokolowski und Semjonow mit der Bitte um Stellungnahme sandte, wurden zwar auch politische Bedenken angemeldet: Der bald darauf nach Westdeutschland geflohene Erich Gniffke<sup>274</sup> wurde als Vertreter von Kurt Schumacher<sup>275</sup> im Parteivorstand der SED vorgestellt, darin unterhalte Gniffke unter dem Schutz von Grotewohl, der Alleinführer der SED werden möchte, ein konspiratives SPD-Netz.<sup>276</sup> Es handelte sich jedoch vor allem um Belege über einen innerbürokratischen Schaukampf, denn die SED insistierte bereits seit einiger Zeit auf eine Änderung des SMAD-Befehls Nr. 160 vom 3. Dezember 1945<sup>277</sup>, weil das deutsche Recht die darin

<sup>273</sup> Petrow, Nikita: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland 1945–1953, in: Mironenko, Sergej u.a. (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Berlin 1998, S. 143–157, hier S. 153.

<sup>274</sup> Gniffke, Erich Walter (1895–1964), 1945/46 zusammen mit Max Fechner und Otto Grotewohl Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD, ab Apr. 1946 Mitglied des Parteivorstands und des Zentralsekretariats der SED, Okt. 1948 Flucht nach Westdeutschland, SED-Ausschluß, SPD.

<sup>275</sup> Schumacher, Kurt (1895–1952), ab 1946 Vorsitzender der SPD in Westdeutschland, 1949–52 Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

<sup>276</sup> Kowaltschuk/Abakumow/o. D./Dokladnaja sapiska O poloschenii w ZK SEPG“, in: AWP RF 0457a/5/7/28, Bl. 124–134. Darin wurden u.a. Friedrich Ebert, Else Bauer, Paul Szillat, Carl Moltmann und Max Fechner solcher Verbindungen beschuldigt. – Moltmann, Carl (1884–1960), 1945/46 1. Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied des Parteiausschusses der SPD, 1946 SED, Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK; 1946–48 Landesvorsitzender der SED in Mecklenburg-Vorpommern, 1946–52 Mitglied und Präsident des Mecklenburgischen Landtags. – Szillat, Paul (1888–1958), 1945 SPD, Oberbürgermeister von Rathenow, 1946 SED; 1946–50 Mitglied des Parteivorstands, 1950 wegen „Sozialdemokratismus“ verhaftet und wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, 1956 Entlassung aus der Haft, Flucht nach Berlin (West). – Bauer, Else (1893–1950), 1945/46 SPD/SED, 1945–50 Mitglied und Vizepräsidentin des brandenburgischen Landtags. – Ebert, Friedrich (1894–1979), 1945/46 Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg, ab 1946 Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK der SED, 1947–50 Mitglied des Zentralsekretariats und ab 1949 des Politbüros des ZK; 1948–67 Oberbürgermeister von Ost-Berlin. – Fechner, Max (1892–1973), 1945 SPD, 1946–53 Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK der SED und bis 1949 stellvertretender Vorsitzender des Zentralsekretariats des Parteivorstands; 1948–49 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz in der SBZ und 1949–53 Minister für Justiz der DDR. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 als angeblicher „Feind des Staates und der Partei“ seines Amtes enthoben, aus der SED ausgeschlossen und 1953 verhaftet, 1955 wegen „Verbrechens gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive 38“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt; 1956 Entlassung, 1958 Wiederaufnahme in die SED.

<sup>277</sup> SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dez. 1945 „Über die Verantwortung für die Sabotage und die Diversionsakte [gegen den wirtschaftlichen Aufbau (Strafverfolgung)]“, in: BArch, DQ 2. Er stellte in Anlehnung an Artikel